

# Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

## ■ Fünf Stunden in Berlin

Mittendrin in einer Großdemonstration, die noch nicht zur Revolte wurde. Beobachtungen zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor.

Seite 3

## ■ Brutaler Holzeinschlag

Statt Pflege Auwaldzerstörung größten Ausmaßes. 600 bis zu 140 Jahre alte Eschen fielen Frevel zum Opfer. Wer profitiert davon?

Seite 4

## ■ Der scheidende Präsident

Wer oder was zog Johannes Rau nach Tansania? Und andere, aber nicht beantwortete Fragen. Ferner: Pillen für Johannes Rau – hätte er sich doch lieber rausgehalten.

Seiten 8/13

8

2004

12. Jahrgang

16. April

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



## Der „Bildermacher“ ist von uns gegangen

Am 7. April – an seinem 77. Geburtstag – starb Prof. Wolfgang Matheuer. Er wollte „Bildermacher“ genannt werden. Er lehnte Auftragsarbeiten ab – früher wie heute. Er war ein herausragender Zeiten- und Menschenbeobachter. „Der Bildermacher kann sich nicht heraushalten aus dem Streit seiner Zeit. Er muss den Mut haben, sich einzumischen, auch wenn er dabei Narben und Wunden davonträgt.“

Ja, so war er und so wird er uns immer mit seinem umfangreichen, vielgestaltigen Werk in den Bann ziehen. Gleich ob „Hinter den sieben Bergen“ oder „Die Flucht des Sisyphos“ – wie vieles kontrovers diskutiert, aber vom Publikum geliebt – oder der „Jahrhundertschritt“ (der heute von bürgerlichen Kunstkritikern umgelogen wird), immer wieder gelang es ihm, die Wunde auf die vielen kleinen und großen Unzulänglichkeiten seiner Zeit zu legen. Und die Oberen kamen in keiner Gesellschaftsordnung an ihm vorbei: In der DDR erhielt er den Nationalpreis, in der BRD nahm er das Bundesverdienstkreuz an.

Und er blieb sich treu: „Sisyphos wird immer schleppen und sich irgendwie auch verweigern. Und Ikarus wird auch immer abstürzen.“ (1991)

Nach dem 11. September 2001 fragte er, ob wirklich alles anders geworden sei und stellte fest: „Der US-amerikanische Imperialismus braucht weltweit Stützpunkte, Garnisonen, Protektorate ... Globalisierung heißt Amerikanisierung.“

• D. M.

„EIN BAUM WIRD GESTUTZT“ – so schlitzohrig-harmlos nannte Wolfgang Matheuer dieses 1971 entstandene Bild. Mit seinem Hintersinn ist es wie ein Auftakt zu Beiträgen dieser Ausgabe.

## Hat die CDU jetzt schon Angst?

Der alte militärische Leitsatz „Angriff ist die beste Verteidigung“ scheint seit Wochen das Credo der Leipziger CDU zu sein. Verständlich, denn mit der Kaminski-Affäre und dem hauseigenen Parteispenden-skandal gilt es mindestens von zwei ausgewachsenen Ärgernissen abzulenken.

Waren diese durchsichtigen Bemühungen bislang eher peinlich, so muss sich die CDU-Kreisvorsitzende Christine Clauß nach ihren jüngsten Äußerungen die Frage gefallen lassen, ob jetzt Amnesie oder gar politische Schizophrenie in die hiesige Kommunalpolitik Einzug halten: „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Was in Leipzig passiert, darf künftig nicht mehr von einer SPD/PDS-Stadtratsmehrheit bestimmt werden können“, so Clauß in der LVZ vom vorletzten Montag.

Was wie ein verspäteter Aprilscherz daherkommt, ist der offenkundige Versuch der CDU, nicht erst bei der Landtagswahl, sondern schon jetzt in Leipzig einen Angstwahlkampf gegen Rot-Rot, speziell aber die PDS, zu inszenieren. Vielleicht sollte Frau Clauß das berühmte Kaminski-Plakat von 1998 („Soviel PDS hat Leipzig nicht verdient!“) nochmals hervorkramen, um ihr Gedächtnis diesbezüglich aufzufrischen.

• TINO HESSE

## Geheimdokument

Nachdem die Leipziger Volkszeitung am Sonnabend brisante Fragen und strenge Forderungen des Rechnungsprüfungsausschusses zur Affäre um den Bau des Zentralstadions und um Noch-Kämmerer Kaminski wiedergegeben hat, stellt sich zunächst die Frage, wer das Geheimdokument aus dem Rathaus in welcher Absicht in die Öffentlichkeit lanciert hat und worauf es die LVZ mit ihrer Veröffentlichung abgesehen hat.

Natürlich sind Öffentlichkeit und Durchsichtigkeit behördlichen Handelns in wesentlichen Fragen kommunaler Politik grundsätzlich einzufordern. Aber man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, dass es zwei Monate vor der Wahl eines neuen Stadtrates um mehr geht als um die Gewährleistung von Klarheit und Sauberkeit des Handelns gewählter Verantwortungsträger, dass es hier um Wahlkampf pur geht. Dient nicht vielleicht das Öffentlichmachen zwielichtigen personellen Handelns und personellen Versagens gerade dazu, den eigentlichen Kern der Sache im Dunkeln zu lassen? Man lüftet ein Geheimnis, um eines der „bestgehüteten Geheimnisse hiesiger Kommunalpolitik“, die „gemeinsame Ämterpatronage und Vetternwirtschaft von CDU, SPD und Grünen“ (LN am 6. Februar), zuzudecken.

• KURT RECHT

## Abbau West dank Abriss Ost

Sachsens CDU-Ministerpräsident Prof. Milbradt scheint den Zug der Zeit verschlafen zu haben. Seit 1990 geschieht doch schon genau das, was er in den letzten Tagen wie altbackene Semmeln anpries: Man solle im Osten „wirtschaftsfördernde“ Maßnahmen testen, gegen die es in Westländern und Westkommunen immer noch Widerspruch und Vorbehalte gäbe. Gewiss unverschämt. Aber der Westen ist schon viel weiter. Er beginnt, siehe Bayern, endlich ostdeutsche Arbeitsbedingungen zu übernehmen, erst einmal im öffentlichen Dienst die langen Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich.

Als kompetent ausgewiesene Wirtschaftsforscher argumentieren dieser Tage vehement, es ginge nicht an, den Osten jetzt zur Sonderwirtschaftszone auszurufen, denn niedrige Steuern und Liberalisierung müssten im ganzen Land greifen. Gut gebrüllt. Denn schließlich, was Löhne, Arbeitszeiten, Tarifverträge, was die Liberalisierung des Arbeitsrechts, kurz, was die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen betrifft, ist der Osten nie etwas anderes als ein Experimentierfeld, konkret eine Sonderwirtschaftszone gewesen. Tatsächlich hohe Zeit für die Wirtschaftsbesse, diese Sonderbedingungen zu normalisieren und sie auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen. Anderes war schließlich nie beabsichtigt und aus linker Richtung ja auch oft genug vorausgesagt.

• WART

## Um welchen Großkonzern handelt es sich?

LN. Ungeachtet Leipzigs äußerst angespannter finanzieller Situation muss die Stadt in diesem Jahr an ein Unternehmen 10 Millionen Euro aus Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2002 zurückzahlen. Eine Summe, die beispielsweise dringend für die Sanierung von Schulen gebraucht würde, wie PDS-Stadträtin Margitta Hollick zu bedenken gibt.

Diese Rückzahlungsforderung ist nachzulesen im Konsolidierungskonzept der Stadt und führt zur Vermutung, dass es sich bei besagtem Großkonzern um *Quelle* handelt. Andere Unternehmen mit solch großem Steueraufkommen gibt es hier schließlich nicht mehr. *Quelle* schreibt sehr gute Bilanzen und hofft zudem auf große Geschäfte anlässlich der EU-Erweiterung. Unabhängig davon, dass die Bundesregierung ihre die Kommunen belastenden Steuergesetze ändern muss, wäre ein Rückzahlungsverzicht des Großkonzerns auch eine Geste an die hiesigen Beschäftigten.

## War die Kirchenmusik tatsächlich „ausgegrenzt“?

Bemerkungen zu einer Dauerausstellung der Mendelssohn-Hochschule

Auf fünf Tafeln dokumentiert die *Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater* seit 2. April, ihrem 161. Gründungstag, im zweiten Stockwerk einen Abriss ihrer Geschichte. Auf knappem Raum gibt es viel Wissenswertes zu erfahren.

Die erste Tafel „Conservatorium der Musik/Königliches Conservatorium 1843–1887“ konnte sich sogar auf bislang als verschollen geltende Dokumente stützen, die Maren Goltz im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden aufspürte. Dazu gehören auch zehn bislang unveröffentlichte Briefe Felix Mendelssohn Bartholdys. Eine Leiste mit Bildern berühmter Absolventen auf allen fünf Tafeln spricht für die jeweilige Anziehungskraft und die Ausbildungserfolge.

Über die Gliederung lässt sich trefflich streiten. Der zweite große, 1887 mit der Einweihung der jetzigen Hauptgebäudes in der Grassistraße beginnende Abschnitt „Königliches Conservatorium“ endete wohl doch eher schon 1918 als 1933. Entsprechend könnte die dritte Tafel die Zeit des „Landeskonservatoriums“ und der 1941 erfolgten Ernennung zur

Staatlichen Hochschule zwischen 1919 und 1945 darstellen, und zwar mit deutlichem Einschnitt 1933.

Wenn für die Zeit von 1946 bis 1989 auf der vierten Tafel die Betonung des marxistischen Grundstudiums kritisch vermerkt wird, entspricht das den Tatsachen, nicht aber, wenn von „Ausgrenzung der Kirchenmusik“ gesprochen wird. Das negiert de facto die Leistungen der großen Orgellehrer nach 1946 und gibt zudem für auswärtige Besucher ein falsches Bild. Kirchenmusik wurde zwar nach 1956 nicht mehr als Studienrichtung geführt, doch den Unterricht führten im Sinne des von Karl Straube gegründeten Instituts für Kirchenmusik Professoren wie Günther Ramin, Georg Trexler, Robert Köbler, Wolfgang Schetelich, Hannes Kästner weiter. Zudem standen alle anderen Studienfächer für die Orgelstudenten offen. Bei der auf Tafel 5 dokumentierten Wiederbegründung des Kirchenmusikalischen Instituts 1992 und manchen Veränderungen in jenen Jahren musste wahrhaftig nicht bei Null begonnen werden.

• WERNER WOLF

Während Deutschland um die Olympiabewerbung kämpft, ergehen in diesen Wochen an zahlreiche Messestadt-Vereine Ablehnungs- oder Kürzungsbescheide über Zuschüsse an Übungsleiter. Grundlage ist eine neue Sportförderungsrichtlinie. Besser benannt: Behinderungsrichtlinie. Beschlossen wurde sie von der Leipziger Ratsversammlung in ihrer 53. Sitzung Ende vergangenen Jahres. Darin sind die Förderkriterien im Vergleich zu denen des Landessportbundes Sachsen wesentlich verschärft. So wird mit 5 Euro Mindestmonatsbeitrag für Erwachsene jetzt 50 Prozent mehr verlangt – unabhängig von der Finanzlage der

## Olympiabewerberstadt spielt foul gegen Sportvereine

Vereine. Ein Übungsleiter muss mindestens 25 Erwachsene betreuen statt wie bisher 10. Und Vereine unter 100 Mitgliedern müssen einen Anteil von Kindern und Jugendlichen von 50 Prozent nachweisen.

Mein Verein wurde vor 40 Jahren als Freizeitsportgemeinschaft von *Drema* gegründet. Viele Sportfreunde sind mehr als 20 oder 30 Jahre dabei. Der Altersdurchschnitt liegt bei über 50 Jahren. Dass unserem Übungsleitern der Zuschuss von 205 Euro Jahr vollständig entzo-

gen wird, ist sicher. Für eine Kürzung von einigen Prozent bei allen hätte gewiss jeder Verständnis – für die jetzige Streichorgie nicht. Natürlich wissen auch wir, dass die Stadt finanziell im Aus steht. Sie ist daran nicht allein schuld. Aber mit ihren selbst organisierten Millionenverlusten nicht blütenweiß. Die Möglichkeit einer gerechteren Lösung wurde verspielt. Solche Politik ist eine schlechte Begleitmusik für eine Sportstadt mit olympischen Ambitionen.

• J. SPITZNER

## Du bist gegen Rentenkürzung Praxisgebühr Sozialabbau Rentenkürzung Praxisgebühr Sozialabbau

**Montagsdemo**

**Dann komm am**

19. April 2004

18.00 Uhr

an die Nikolaikirche

Prof. Peter Grottian am 3. April auf dem Berliner Alexanderplatz:

# „Diese Demo ist noch zu sanftpfötig!“

Wer dabei war am ersten Aprilsonnabend, der vermisst die Großdemonstration in Berlin für Arbeit und soziale Gerechtigkeit nicht so schnell wie anscheinend die Programmgestalter des Fernsehens. Er verspürt vielleicht noch immer ein Dröhnen, als hätte er einen Presslufthammer gehalten.

\*

Kurz nach 10 Uhr waren die letzten der 64 vom DGB bestellten Busse aus der Region Leipzig über die Avus zum Alex gelangt – einem der drei Berliner Treffpunkte für die Auftakt-Kundgebungen. Von dort aus sollten die Demonstrationen zur zentralen Kundgebung am Brandenburger Tor führen. Der Leser kennt die offiziellen Schätzungen: Rund hunderttausend Menschen versammelten sich auf dem von Erdarbeiten aufgerissenen Alex, mindestens zweihundertfünzigtausend vereinten sich mittags zur Hauptkundgebung. Zusammen mit den Demonstranten von Köln und Stuttgart war im Lande rund eine halbe Million auf den Beinen. Zornig, entschlossen, aber ohne Illusionen.

„Ist unsere Demo wirklich der Widerstand, der die Herrschenden veranlasst, ihre Politik abzuändern?“, fragt Prof. Peter Grottian schneidend von der Tribüne am Eingang der Karl-Marx-Allee herab. Wirklich beeindruckt würden weder die Wirtschaft noch Schröder noch die „Einheitsparteien“.

Natürlich hat der Aktivist des Berliner Sozialbündnisses nicht die Absicht, die Menschen auf dem Platz zu entmutigen. Leidenschaftlich vertritt er drei Thesen: 1. Nur ein Menschenrecht Grundsicherung befreit von Angst, macht demokratisches Verhalten überhaupt erst möglich. 2. Das Land braucht ein

Programm für zwei Millionen gesellschaftlich sinnvolle und sinnvoll finanzierte Arbeitsplätze. 3. Die Gewerkschaften müssen bei Tarifverhandlungen arbeitsplatzschaffende Strategien verfolgen. Diese Ziele seien nur mit einer breiten außerparlamentarischen Bewegung durchzusetzen. Es dürfe sich nicht wiederholen, so Grottian mit Blick auf die DGB-Spitze, dass die Demonstrationen wie im vorigen Sommer abgebrochen werden. „Aufstehen für drei Stunden Protest ist zu wenig!“ Die Deutschen seien noch nicht eingewöhnt in provozierender Radikalität wie in Italien und Frankreich. „Arbeitsplätze instandbesetzen, Arbeits- und Sozialämter zumachen, mit Obdachlosen, Arbeitslosen offensiv die Armut in die Städte tragen, sich nicht mehr verstecken, Streik als Mittel des Protestes ...“ Und als zöge er schon am Morgen das Fazit des Tages, ruft Peter Grottian den gebannt Zuhörenden zu: „Diese Demo ist noch zu sanftpfötig!“

\*

Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal unter Solidarnosc-Fahnen demonstriere, und gleich gar nicht in Berlin! Die Solidarnosc-Geschichte ist schließlich kein Geheimnis ... Ich bedauere, nicht Polnisch zu sprechen. Wie gern hätte ich von den Gewerkschaftern aus den Regionen Gorzow, Jelenia Gora usw. (die Fahnen geben Auskunft) Näheres über ihre heutigen Gedanken erfahren! Am Rednerpult umreißt ihr Sprecher kurz das Grundanliegen: „Wir müssen alles tun, dass nicht statt der EU-Grenze neue Grenzen – soziale Grenzen – entstehen. Dass es nicht zu Europas mit zwei Geschwindigkeiten kommt. Wir kämpfen für soziale Bedingungen für uns und unsere Kinder. Solidarisch vereinigen

wir uns, weil wir ein Ziel haben.“ – Wie sagte tags darauf ein Ungeweihter im ARD-Pressclub? „Ich glaube nicht, dass ein polnischer Gewerkschafter hinter den Zielen stehen kann, die Herr Sommer oder Herr Birske verkündet haben.“

Als Dani.L., Gina Pietsch, Dieter Dehm, Michael Letz und Manfred Maurenbrecher mitreißende Lied-Kommentare zu den Reden anstimmen, geraten zuerst die Polinnen in Tanzschritt.

\*

Action auf der Gertraudenstraße beim langsamen Vorrücken des Demo-Lindwurms. Von einem Umzugswagen fliegen 100-Euro-Scheine mit Schröder-Porträt. Tief gebeugt ziehen rund dreißig verkettete junge Leute, von Kopf bis Fuß in Weiß, das Gefährt mit der Aufschrift „Lautstark gegen Sozialabbau – Stumme Fische landen an der Angel!!!“. Sie selbst tragen die Kennzeichnung „Sklave“. Es läuft das Stück *Politische Ökonomie für Anfänger* mit der großen Verteilungsmaschine, vorgeführt von der DGB-Jugend Thüringen. Aufhellung auf der Rückseite der herabregnenden Schröder-Scheine: „Mit der Agenda 2010 erfolgt in Deutschland wieder einmal eine Umverteilung von unten nach oben. Moderne Sklaverei statt Sozialstaat? Aber wir vertreiben die Bonzen vom längeren Hebel und schalten die Maschine



Fotos: www.arbeiterfotografie.de

auf Gerechtigkeit um! Denn wir wissen: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Action anderer Art an der engsten Stelle der Leipziger Straße – am taktisch günstigsten Punkt für die Polizei. Nein, nicht für mitziehende GdP-Mitglieder, sondern für den Greifer-Trupp, der ohne ersichtlichen Grund (Farbeier oder Granatwerfer sehe ich nicht) über Leute aus dem Block nicht verummter Autonomer herfällt und die Demo ins Stocken bringt. Die Solidarnosc-Delegation blickt verdutzt zurück.

\*

Endlich im Menschenstrudel auf der „Straße des 17. Juni“; die Hauptkundgebung hat längst begonnen. Wir stehen vorm Ehrenmal für die sowjetischen Befreier vom Faschismus. Auf die legendären Panzer links und rechts

vom Eingang sind Demonstranten geklettert, eine Fahne der IG Bergbau, Chemie, Energie weht oben ungewohnt kämpferisch. Es scheint, als hielte der bronzene Sowjetsoldat die ausgestreckte linke Hand über die Hunderttausende auf der Tiergarten-Allee ... Leinwände und Lautsprecher sorgen dafür, dass die Redner auf der Tribüne am Brandenburger Tor selbst in Siegestsäulen-Nähe zu sehen und zu hören sind. Eben spricht DGB-Chef Michael Sommer: „Unser Protest richtet sich nicht nur gegen die Umverteilung von unten nach oben, sondern auch dagegen, dass die Politik des Sozialabbaus den Menschen die Würde nimmt.“ Und zweimal erklärt der Sozialdemokrat: „Auf dieser Basis wird es keinen Schulterchluss geben!“ Was wird es geben? Immerhin: „Der große Schulterchluss von Gewerkschaften, Friedensbewegung, Globalisierungskritikern und vielen sozialen Organisationen dieses Landes ist geglückt.“ Bernard Thibault, Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CGT, nimmt das Wort. Er sieht die EU als „Feld für wechselseitiges Lohndumping“. Man stehe erst am Beginn eines harten Kampfes gegen den neoliberalen Trend in Europa. Anschauungsunterricht liefern 300 Rolltreppenbauer der Stadthagener Traditionsfirma Ostis. Mit einer unübersehbaren Attrappe ihres Produkts demonstrieren sie gegen die angedrohte Verlagerung des Standorts nach Tschechien.

\*

Auf dem Weg zum Bus höre ich einen Kirchenvertreter: „In wenigen Jahren werden 25 Prozent der Berliner Sozialhilfeempfänger sein ... Wer gibt Menschen das Recht, anderen das Recht auf Arbeit abzusprechen?“

• GOTTFRIED BRAUN

## SO SEHE ICH DAS

Noch bevor die Debatte über eine Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst so recht in Schwung gekommen war, hat das CDU-regierte Baden-Württemberg das Signal gesetzt.



Die wöchentliche Arbeitszeit wird nach Kündigung der bisherigen Regelung bei Neueinstellungen um drei Stunden erhöht. Das ist meines Erachtens auch ein Test für eine generelle Wende. Am Anfang dieser Wende stand im vorigen Jahr das durch eine konzertierte Aktion von Regierenden, Unternehmern und bürgerlichen Medien gesetzte Stoppschild für den Kampf der IG Metall in Ostdeutschland um die 35-Stunden-Wo-

che. Was sich seinerzeit schon andeutete, wird jetzt wahr: Staat und Unternehmer gehen strikt auf Gegenkurs. Zunächst steht auf der Tagesordnung, dass andere Bundesländer der Regelung von Baden-Württemberg folgen. Bayern ist schon auf dem Sprunge.

## Eine anachronistische Wende

Der öffentliche Dienst gehörte bereits bisher zu den größten Vernichtern von Arbeitsplätzen, das würde sich beschleunigt fortsetzen. Doch damit nicht genug: Sollte es nicht gelingen, die jetzigen Bestrebungen zurückzudrängen, wird es bald auch in anderen Bereichen Initiativen geben, die auf eine Verlängerung der normalen Wochenarbeitszeit zielen. Die Folgen sind absehbar: Neue Schleusen für den Zustrom ins Meer der Arbeitslosen öffnen sich. Nach der inoffiziellen Erhöhung der Arbeitszeit in Form von Überstunden und verdeckter unbezahlter Mehrarbeit wird die Abwehr offi-

ziell höherer Wochenarbeitszeit zu einem neuen Kampffeld der Gewerkschaften. Ver.di und andere haben den Fehdehandschuh unverzüglich aufgenommen. Hier geht es nicht schlechthin um Wahrung oder Bedrohung eines bestimmten sozialen Status, sondern um eine Richtungs-

markierung zu der Frage, wie künftig die permanent steigende Produktivität genutzt wird: für die weitere chaotische Freisetzung von Arbeitskräften oder die zielstrebige Erweiterung von Freizeit? Was treibt die Initiatoren der Arbeitszeitausweitung angesichts anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit zu solch asozialen und anachronistischen Schritten? Wer sich ein bisschen mit der Strategie der kapitalistischen Unternehmen befasst, wird schnell ihr fundamentales Interesse an Arbeitszeitausweitung erkennen. Seit Marx hat sich hier nichts geändert (sofern die geschichtliche Entwicklung

in die andere Richtung verlief, ist sie das Resultat des Kampfes der Arbeiter und Angestellten): Für den kapitalistischen Untenehmer ist es heute lukrativer, länger arbeiten und Überstunden machen zu lassen und auf eine hohe Arbeitsintensität zu drängen, als möglichst viele Arbeitskräfte zu beschäftigen. Das ergibt sich aus dem Einmaleins kapitalistischen Wirtschaftens: dass ein Betrieb, der durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die Mehrarbeit auf Kosten der notwendigen Arbeit ausdehnt, „dies Resultat nur hervorbringt, indem er die Anzahl der ... beschäftigten Arbeiter vermindert“ und dass paradoxerweise „das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit in das unfehlbarste Mittel umschlägt, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln“ (Marx).

Es wird also in künftigen Kämpfen wohl nicht ohne profunde Systemkritik gehen.

• GÜNTER LIPPOLD

# Brutaler Holzeinschlag im Leipziger Auwald

Im vorigen Jahr informierte der Stadtförster A. Sickert die Naturschutzhelfer der Stadt Leipzig über notwendige Pflegemaßnahmen im Auwald. Er sprach von auwalduntypischen Baumarten – wie z. B. irgendwann gepflanzten Pappeln, Birken, Nadelhölzern –, die entfernt werden sollten. Auch stünden vielerorts die Bäume zu dicht. Hier müsste also ausgelichtet werden, so dass die verbleibenden auwaldtypischen Bäume besser wachsen können. Das alles fand meine ungeteilte Zustimmung. Auf Anhieb fielen mir Bestände im Connewitzer Holz ein, denen ein solcher Pflegeeingriff gut täte. Da stehen zum Beispiel im Wald an der Koburger Straße etliche vermickerte Kiefern. Sie sind schlecht gewachsen, weil sie im Auwald keine optimalen Bedingungen vorfinden. Oder das Waldstück zwischen Neuer Linie, Dammweg und Pleiße. Hier stehen über 50 Prozent Pappeln. Die müssten größtenteils ebenfalls zugunsten auwaldtypischer Bäume weichen. Oder: nördlich vom LVZ-Sportplatz die seltsamen schiefen Bäume – eine Karikatur eines Waldstücks. Hier wäre sogar ein Kahlschlag zu vertreten, wenn anschließend aufgeforstet wird mit Stieleichen, Eschen, Wildkirschen usw. Ja, so dachte ich in meiner Naivität und Gutgläubigkeit. Da hatte ich wohl vergessen, in welcher Welt wir leben. Denn wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Wer zur Zeit in den südlichen Auwald kommt, z. B. zur Weißen Brücke, der ist entsetzt oder kriegt das große Heulen. Nicht Waldpflege hat da stattgefunden, sondern brutale großflächige Waldzerstörung! Unvorstellbar!

Die Waldbestände, die Eingriffe nötig hätten, blieben unberührt. Die Kiefern mickern weiter vor sich hin, die Pappeln wachsen fröhlich in die Höhe und die skurrilen Schiefbäume stehen immer noch schief da. Stattdessen fand im



schönsten zentralen Teil des südlichen Auwaldes, der im Verhältnis noch am auwaldtypischsten gewachsen ist, ein Holzeinschlag unvorstellbaren Ausmaßes statt. Nicht etwa, dass nur Bäume gefällt wurden, die nicht in den Auwald gehören. Es wurde auch nicht etwa nur dünnes Stangenholz ausgelichtet. Nein, es wurden auch 600 (!) schöne gesunde 140 Jahre alte Starkbäume abgeholzt – und zwar Eschen, also typische Auwaldbäume! Der Schaden betrifft ja nicht nur die Bäume selbst. Alte Bäume bieten Nistmöglichkeiten und Nahrung für zahlreiche Tierarten, die jetzt eines Teils ihrer Lebensgrundlage beraubt sind. Da mit schwerer Technik gearbeitet wurde (was bei ökologischem Arbeiten nicht üblich ist), sind Waldboden und Wege an vielen Stellen stark geschädigt worden und dadurch auch die Krautflora. Allein von den unter Naturschutz stehenden Märzenbechern wurde mindestens ein Drittel zerstört. Sämtliche Baumkronen liegen im Wald

herum. Sie bringen wohl kein Geld wie wertvolles Eschenholz. Was hier liegt, verrottet bestenfalls in 20 Jahren. So lange haben wir statt Wald eine Gestrüpphalde. Abgesehen vom Aussehen verdrängt das viele Geäst die Pflanzen der Krautschicht, denen dadurch Licht und Luft fehlt. Da können vielleicht noch Brennesseln wachsen, aber kaum die typischen Auwaldpflanzen. Mir drängt sich der Gedanke auf, dass man hier die wertvollsten Bäume gefällt hat, die das meiste Geld bringen. Deklarieren aber wird das als notwendige Pflegemaßnahme!

Interessant ist auch, dass das betroffene Waldgebiet zur Erweiterung des schon vorhandenen Naturschutzgebietes vorgesehen ist. Da war wohl Eile geboten, um noch Geld machen zu können. Oder es gibt Kräfte, die der Erweiterung des NSG entgegenarbeiten, denn ein dermaßen zerstörter Wald ist dafür ohnehin nicht mehr zu gebrauchen. Der immense Schaden an der Natur des

Leipziger Auwaldes ist nur eine Seite. Für viele Leipziger ist der Wald auch eine wichtige Stätte der Erholung. Wie wunderschön war vor allem im Frühling unser Auwald. Schon im März, manchmal noch im Schnee, die vielen Horste der Märzenbecher! Dann im April, bevor die Bäume sich belauben, der Teppich von bunten Frühblüheren!

Vorbei! Stattdessen große Lücken im Wald und eine Halde von 3 bis 4 Meter hohem toten Geäst. Bloß gut, dass die zerfahrenen Wege ohnehin nicht mehr benutzbar sind, da kommen die Leute wenigstens gar nicht mehr hin, um sich das anzusehen!

Bleibt zum Schluss noch die Frage, wer das alles zu verantworten hat, und vor allem, wer diejenigen zur Verantwortung zieht. Wieder gutzumachen ist allerdings nichts mehr. Da Wald an die 100 Jahre zur Regeneration braucht, werden noch unsere Enkel und Urenkel mit den Auswirkungen des derzeitigen Waldfrevels zu tun haben. • I. G.

Stellen Sie sich vor, Sie bestellen in einem Autohaus einen multifunktionalen Kleintransporter und erhalten stattdessen einen unkonkreten Nachbau einer Oldtimerlimousine zu überhöhten Preisen.

So mutet es an, wenn man an ein und demselben Tag auf ein und derselben Springerzeitungsseite lesen muss, dass die Universität zukunftssträchtige Ausbildungsprofile wie die Umweltchemie abschaffen muss und ein modisch zwar aufgepeppt, aber dennoch mittelalterlicher Entwurf für die Neubebauung des Uniareals entlang des Augustusplatzes siegte. Am Gründonnerstag war dann zu lesen, dass sich die Universität auch noch von solchen traditionsreichen Diplomstudiengängen wie Bau- und Wirtschaftsingenieurwesen, Geologie und Geophysik verabschiedet.

Wie harmlos noch die Befürchtungen in LEIPZIGS NEUE vom Februar: Denn inzwischen wurde ein Preisgericht offenbar derart von außen genötigt, dass es einen Entwurf zum ersten Preisträger kürte, der in keiner Weise die Anforderungen an eine multifunktionale Aula erfüllt und einen unvermeidbar hohen Anteil von innenliegenden Nebenflächen hat. Übrig blieb eine mittelalterliche Despotenkirche mit universitären Toiletten und Fluren am „August“-Platz – nicht aber ein Gebäude, das quantitativ und qualitativ dem Anspruch gerecht wird, geistiges Zentrum und Hauptgebäude der Univer-

## Skandal um „Erneuerung“ des Uni-Campus

# Eher ein Bischofspalais denn eine moderne Universiät

sität zu sein. Kein Wunder, dass der in Hofarchitektenmanier gestaltete Entwurf von Erick van Egeraat auch den Kostenrahmen „erheblich“ überzieht. Zur Erinnerung: Die einst nach der Schinkelperiode in Ermangelung eigener Kreativität entstandenen neogotischen, neomanischen oder neoklassizistischen Kirchen und Schlossanlagen waren wenigstens – auch auf Grund der geringen finanziellen Spielräume der Preußenkönige – in Größe und Funktionalität den tatsächlichen aktuellen Bedürfnissen angepasst. Die öffentlichen Debatten und Erwartungen der Universität, der Stadt, ja selbst der Wissenschaftler der Theologischen Fakultät sowie der evangelische Kirche nach einer multifunktional nutzbaren sowie an die Geschichte erinnernde Aula wurden bewusst missachtet. Von außen, aber noch mehr in den inneren Strukturen und der Gestaltung wird ein mittelalterlicher Kirchenraum durch zwei Stützenlängsreihen – damit Klassenunterschiede bewusst hervorhebend – geteilt. Dabei lassen heute Stahl- und Stahlbetonkonstruktionen riesige stützenfreie Räume zu – seit vielen Jahrzehnten auch von Kir-

chenbauern genutzt. Da der vom Paulinerverein medial nach vorn geschobene Entwurf von Hans Kollhoff aus Berlin ob seiner Beliebtheit und des fehlenden schlüssigen städtebaulichen Konzepts sowie eines unsinnigen 25-geschossigen Hochhauses offensichtlich nicht mehr vermittelbar war, besann man sich des Entwurfs des Holländers Erick van Egeraat – auch wenn die Wucht seiner Fassade die anderen Gebäude am Augustusplatz dominiert. Die Überhöhung eines alles unter sich vereinigenden Kirchendaches degradiert zudem das nebenstehende Kroch-Hochhaus aus den 20-er Jahren. Die neue Kirche beherrscht den Universitätsbau in einer Weise, wie es ihre Vorgängerbauten zu keiner Zeit taten. Heute ist nur noch zu konstatieren, dass es Schaden von Leipzig und den Beteiligten genommen hätte, wenn der Wettbewerb aufgehoben worden wäre, nachdem vor Abschluss von Beteiligten Teilergebnisse in die Öffentlichkeit gebracht wurden und eine verzerrte Beeinflussung offensichtlich wurde.

• Für wie beklopft hält die sächsische Staatsregierung in ihrer DDR-Abriss-

phobie, gepaart mit einem eher abschreckenden Missionierungseifer, eigentlich die Universität und die Leipziger?

- Wer will sich hier eine teure Privatkirche mit Steuermitteln der Allgemeinheit errichten?
- Warum schweigt die sächsische Architektenkammer zu diesem Wettbewerbskandal?

In Anbetracht ähnlicher Vorkommnisse, wie dem Leipziger Bildermuseum, ist es überfällig, dass der Sächsische Rechnungsprüfungshof tätig werden muss. Tatsächlich erfüllen nur die Preisträger Bondzio bzw. Kulka die Anforderungen. Ihre Entwürfe entsprechen zudem dem immer wieder eingeforderten Kompromiss. Ich kann mir vorstellen, dass einer dieser beiden Entwürfe realisiert wird und eingesparte Fördergelder für die weitere (derzeit eingestellte) Sanierung der original erhaltenen Peterskirche im Inneren Süden benutzt werden. Zudem hat diese Kirche den Vorteil, dass sie einer großen Besucherzahl Platz und entsprechende Akustik bietet.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

**M**it dem Kapitalismus ist auch der Adel in den Osten Deutschlands zurückgekehrt. So manches Schloss wurde wieder hergerichtet, regelrecht herausgeputzt. Nachdem ehemalige Betriebsferien- oder Kinderheim-Spuren getilgt sind, ist es heute wieder der Sitz derer von und zu.

Doch man wollte nicht nur Gebäude zurückhaben, sondern zugleich auch wieder die gesellschaftliche Stellung, die man einst besaß. Das dauert zwar in der Regel etwas länger als die Renovierung eines Schlosses, aber mit der Zeit ist auch das möglich. Wie gut das bereits wieder funktioniert, konnte man kürzlich der LVZ entnehmen. Der Schlossherr von Lützschena, Freiherr Wolf-Dietrich Speck von Sternburg, hatte eingeladen, um

## Der Adel bezieht Stellung

Leipzigs neuen Messechef Wolfgang Marzin und Frau Christina „im privaten Freundeskreis ins gesellschaftliche Leben der Stadt einzuführen. Eine Limousine nach der anderen rollte am Donnerstagabend mit Chauffeur am Schloss Lützschena vor. Rund 170 Gäste entstiegen den Wagen und begaben sich über den roten Teppich ins Schloss. „Da durfte natürlich „König Kurt“ – wir kennen ihn als Kurt Biedenkopf – nebst Gattin, komplettiert durch Alexander Prinz von Sachsen,

nicht fehlen. Ebenso ließen sich aus Dresden der Wirtschaftsminister und der Finanzminister sowie aus Leipzig der OBM vorfahren. Konsuln, Stadtpolitiker, Wirtschaftsbosse, Banker, Richter, Bundeswehr, Vertreter der Kunstszene – sie alle kamen, von „Bild“ als „Leipzigs Society“ klassifiziert. Dass ein größerer Teil der Gäste im Verlaufe des Abends die Wiedereinführung der Monarchie in Sachsen erörtert haben soll, ist meines Erachtens ein böses Gerücht. Jedoch die Meinung, dass dieser Vorgang im Lützschenaer Schloss wie ein Rückfall in gesellschaftliche Geflogenheiten der Zeit vor der deutschen Novemberrevolution 1918 anmutet, dürfte dagegen schon von guten Geschichtskennntnissen zeugen.

• KURT SCHNEIDER

## Aufschlüsse

Gerade habe ich „Deutschland 2004“ in die Hand bekommen, ein 12-seitiges Faltblatt des Statistischen Bundesamtes, das Deutschland 2003 bzw. 2002 aufschlussreich in Zahlen beschreibt und dabei auch zehn Jahre zurückblickt.

Unter **Einwohner** findet man, heraus, wenn man ein bisschen rechnet, dass Deutschland in zehn Jahren um reichlich 1,5 Millionen Menschen gewachsen ist, aber Ostdeutschland (ohne Berlin) in der gleichen Zeit 775 000 Bewohner verloren hat.

Im produzierenden Gewerbe haben Männer im früheren Bundesgebiet im Schnitt ein monatliches **Einkommen** von 2634 Euro, in den neuen Ländern sind es 1946. Bei Frauen ist die Relation 1956:1515.

Die Anzahl der Arbeitslosen lag 2003 um 957000 höher als 1993. Die West-Bundesländer außer Bremen liegen dabei deutlich unterm Durchschnitt, alle östlichen darüber.

Die Anzahl der Unternehmen im **Baugewerbe** ging seit 1995 von 24 738 auf 15 234 zurück.

Der **PKW-Bestand** ist um 8,6 auf 44,7 Millionen gestiegen.

Die **Waldschäden** sind erschreckend: 69 Prozent aller Bäume weisen Schäden auf, bei Eichen sind es 83 Prozent.

Die **Verschuldung** von Bund, Ländern und Kommunen stieg von 1992 bis 2002 von 681 Mrd. Euro auf 1253 Mrd.

Doch auf Fragen nach der Verteilung des Reichtums im Lande, nach der Relation zwischen Unternehmergewinnen und Lohnentwicklung oder der Kriminalitätsentwicklung gibt es keine Antworten.

• G. L.

**S**pätestens nach den Demonstrationen von einer halben Million Menschen und angesichts zahlreicher Protestaktionen, die es auch in Sachsen gibt, erscheint die Bilanz, die Ulla Schmidt nach 100 Tagen so genannter Gesundheitsreform zieht, als völlig realitätsfremd. So haben sich unsere Voraussagen einer enormen zusätzlichen finanziellen Belastung der gesetzlich Krankenversicherten, insbesondere von chronisch Kranken, Behinderten, Sozialhilfebezieher und Älteren, mehr als bestätigt. Wir teilen die Sorge vieler Mediziner, die auf zu erwartende negative Auswirkungen verweisen, wenn Patienten auf eigentlich notwendige Arztkonsultationen oder die Einnahme von Medikamenten verzichten sowie mehr und mehr zum Mittel unkontrollierter Selbstmedikation greifen. Auch die Hoffnung auf radikale Senkung der Krankenkassen-

## 100 Tage „Gesundheitsreform“ aus sächsischer Sicht

**Sächsische Sozialministerin verharrt im Nichtstun**

beiträge löst sich in einer Seifenblase auf. Vor allem Betriebskrankenkassen erwägen sogar Beitragsanhebungen. Im Rahmen einer von der sächsischen PDS in den vergangenen Tagen geschalteten Telefonhotline, die mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger des Freistaates genutzt haben, erhielten wir ein ziemlich realistisches Bild darüber, welche Auswirkungen die „Gesundheitsreform“ wirklich hat. Nur eine Person brachte gewisses Verständnis für die Praxisgebühr auf, alle anderen lehnten sie rundweg ab. Uns wurden Einzelschicksale von chronisch Kranken geschildert, die bis zu

80 Euro im Monat zusätzlich für notwendige Arznei zahlen müssen, ohne dass sie dies gegenüber der Krankenkasse geltend machen können. Verbreitete Verunsicherung herrscht darüber hinaus bei der Finanzierung von Fahrten zu Heilbehandlungen sowie zu Vorsorgeuntersuchungen. Dieser Katalog ließe sich fortsetzen. Ganz offensichtlich scheint die sächsische Sozialministerin, die die so genannte Gesundheitsreform mehrfach im Landtag uneingeschränkt verteidigt hat, die wirkliche Situation nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, denn sie verharrt im Nichtstun. Deshalb fordere ich

Ministerin Orosz nachdrücklich auf, sich im Bundesrat für die Abschaffung der Praxisgebühr und der seit Anfang des Jahres neu eingeführten Zuzahlungen einzusetzen. Darüber hinaus sollte per Verordnung der Staatsregierung dringend geregelt werden, dass Sozialhilfe bezieher und insbesondere Bewohner von Pflegeheimen, die lediglich über ein Taschengeld verfügen, von Zuzahlungen befreit werden oder dass ihnen ein finanzieller Ausgleich gewährt wird, was u. a. durch eine angemessene Anhebung des Regelsatzes der Sozialhilfe geschehen könnte.

• DIETMAR PELLMANN

## Recht und Moral gebieten Ausbildungs-Umlage

**PDS im Bundestag**

**PETRA PAU am 1. April 2004 in der Debatte zur Ausbildungsplatzabgabe (Auszug ihrer Rede)**



Das „Berufsausbildungssicherungsgesetz“ ist allgemein unter Ausbildungs-Umlage bekannt. Wer nicht ausbildet, obwohl er es könnte, soll sich wenigstens finanziell an der Ausbildung beteiligen. Und wer ausbildet, obwohl es ihm schwer fällt, soll finanziell entlastet werden. Eine solche Umlage ist nur recht und billig. Die PDS im Bundestag fordert sie seit langem und Rot-Grün steht im Wort.

Seit Jahren ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze rückläufig. Nach DGB-Angaben bildet nur noch jeder vierte der 2,1 Millionen Betriebe aus. Zugleich wächst die Zahl derjenigen, die vergebens eine Lehrstelle suchen. Nach Angaben der Bundesregierung waren es im Herbst 2003 ca. 35 000 Jugendliche. Die Zahlen des DGB sind wahrscheinlicher. Er spricht von 200 000 Betroffenen.

Besonders dramatisch ist die Lage in den neuen Bundesländern. Immer mehr Jugendliche werden in Ersatzmaßnahmen geparkt oder sie werden außer Landes gedrängt. Das hat Folgen für ganze Regionen. Ihnen kommt die Jugend abhanden und damit die Zukunft. Nun weht ein Sturm der Entrüstung, seit Rot-Grün mit einer Ausbildungsabgabe ernst macht. Unternehmerverbände malen Horrorszenerien und drohen mit noch weniger Ausbildung. Die FDP warnt vor einer Buß-Steuer und die CDU/CSU sieht den Standort Deutschland bedroht.

Ist Ihnen noch nie aufgestoßen, dass andersherum ein Schuh draus wird? Hunderttausende Unternehmen bilden nicht aus, obwohl sie es könnten. Sie gefährden den Standort Deutschland. Sie bülden anderen Lasten auf, anstatt sie zu teilen. Sie lassen immer mehr junge Menschen hängen. Und dagegen muss etwas getan werden. Das viel gelobte duale Ausbildungssystem hinkt seit langem. Immer weniger Jugendliche werden betrieblich und immer mehr – ersatzweise – außerbetrieblich ausgebildet. Das ist weder im Sinne des Erfinders, noch im Interesse der Jugendlichen. Hinzu kommt: Die Unternehmen, die nicht ausbilden, sparen Kosten. Stattdessen müssen die normalen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Ersatzmaßnahmen aufkommen. Es ist dasselbe Trauerspiel, das wir auch auf anderen Gebieten erleben. Viele Unternehmen entziehen sich ihrer Sozialpflicht.

Eine Ausbildungsumlage wäre nicht nur ein Gebot der

Vernunft und der Moral. Beides ist der Marktwirtschaft nicht naturgegeben. Sie ist auch rechtlich geboten – spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1980, das allen Jugendlichen das Recht auf eine praxisbezogene Ausbildung einräumt. Das Gericht verpflichtete die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber, dafür zu sorgen. Und es hat dem Staat bedeutet – Zitat: „Das gilt auch, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht mehr ausreichen sollte.“

Kurzum: Auch das Recht steht auf Seiten von Rot-Grün, wenn die Koalition endlich eine Umlage einführt. Nun wird der Ball zurückgespielt. Zum Beispiel mit dem Argument: Viele Unternehmen seien zwar ausbildungswillig, aber immer mehr Jugendliche seien nicht ausbildungsfähig. Dem will ich im Einzelfall gar nicht widersprechen. Die Klagen über das Ausgangsniveau an deutschen Schulen sind nicht neu. Allerdings ist das ein gutes Argument für eine gründliche Bildungsreform, aber ein schlechtes Argument gegen die Ausbildungsmisere. Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das ist der Punkt.

Aus all diesen Gründen ist die PDS grundsätzlich für eine Ausbildungsumlage. Sie ist die zweitbeste Lösung. Besser wäre es, es gäbe auch ohne Umlage genügend betriebliche Lehrstellen. Dieser Weg bleibt offen und gehbar. Aber bis dato und im Zweifel muss gehandelt werden. Zugunsten aller, die ausbilden wollen und vor allem aller, die ihre Lebenschance suchen.



## Neues Schulsystem ist fällig

Zu den teilweise blamablen Ergebnissen der Orientierungsarbeiten an den Schulen (siehe Chronik) äußerte MdL André Hahn (PDS):

Die vorhandenen Defizite sind mit kosmetischen Korrekturen, wie sie CDU und Staatsregierung bei den letzten beiden Schulgesetznovellen vorgenommen haben, nicht zu beheben. Wir brauchen nicht mehr und nicht weniger als einen Systemwechsel, eine grundsätzlich neue Schulstruktur. Das Schulsystem in Sachsen hat weder vermocht, die Begabungsreserven aller Kinder und Jugendlichen auszuschöpfen, noch hat es wirkliche Spitzenleistungen hervorgebracht.

Unabhängig von den schlechten Resultaten der Orientierungsarbeiten steht für uns deren Sinn und Zweck auch generell in Frage. Durch immer neue Orientierungs-, Jahres-, und Prüfungsarbeiten in allen zentralen Fächern wird zwar der Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler ständig weiter erhöht, an den schlechten Rahmenbedingungen ändert sich dadurch jedoch nicht das Gerümpel. Wir brauchen keine zusätzlichen Leistungstests, sondern mehr Freiräume zur Festigung erworbenen Wissens und zum Erlernen der Methoden des selbständigen Wissenserwerbs.

# Ein Angebot an die Sachsen

## PDS Sachsen beschloss ihr Landtagswahlprogramm

**LN. Am Sonntag vor Ostern tagte in Markkleeberg der Landesparteitag der sächsischen PDS, um das Programm für die Landtagswahl im September zu beschließen. Der Entwurf des Landesvorstandes unter dem Titel „Ein anderes Sachsen ist möglich“ fand bei den Delegierten breite Zustimmung.**

Das Programm enthält konkrete Angebote für den notwendigen Politikwechsel. Schwerpunkte sind die Themen Grundsicherung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit; Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein-

schließlich Förderung von Polikliniken; Bildung, Kultur und Sport ohne soziale Schranken; mehr demokratische Mitbestimmung, u. a. durch erleichterte Volksbegehren; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit einem gerechten Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen sowie eine alternative Haushaltspolitik und eine Steuerpolitik, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet und die Reichen nicht schont. Mit dem beschlossenen Wahlprogramm, dem Landesentwicklungskonzept *Aleksa* und dem im Mai zu beschließenden kon-

kreten Handlungsauftrag an die künftige Landtagsfraktion bietet die PDS den Wählern konkrete Alternativen an. „Wir brauchen ein neues Leitbild und neue Visionen für Sachsen und Ostdeutschland“, hatte Landesvorsitzende Cornelia Ernst erklärt. Die Ablösung der zur „Partei- und Staatsführung“ gewordenen CDU, einer Partei des Filzes und des Stillstandes, sei dringend geboten.

Ziel der Partei ist, ein Viertel der Stimmen zu gewinnen – 1999 hatte sie 22,2 Prozent erreicht und war damit stärkste Oppositionsfraktion geworden.

## „Milbradt müsste nachsitzen“

**LN. Sowohl der PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Prof. Porsch, als auch DGB-Landesvorsitzender Lucassen haben die Vorschläge von Ministerpräsident Milbradt für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Sachsen als untauglich verworfen.**

Lucassen: „Mit den bereits seit 14 Jahren praktizierten untauglichen Rezepten vom Niedriglohn und dem Abbau sozialer Sicherheiten soll jetzt der Aufschwung Ost endlich geschafft

werden. Dagegen gibt es auf die drängenden aktuellen Probleme keine Antworten.“ Er nannte die Abwanderung von Menschen, den Rückzug von Banken, die Schließung von ostdeutschen Tochterunternehmen der Großkonzerne und die strukturschwachen Regionen. Die Konzentration der Unternehmensförderung auf Leuchttürme führe zur Bevorzugung der Großunternehmen, während der Mittelstand weiterhin unter Finanzierungsproblemen leide. Sein

Fazit: „In der Schule müsste Milbradt für ein solches Konzept nachsitzen.“

Porsch begrüßte Milbradts Ost-Papier als Versuch, nannte aber zugleich als größten Mangel, es sei nur Stückwerk. Ein gravierender Unterschied zum PDS-Konzept „Aleksa“ sei, dass Milbradt von „spezifischen Problemen“ Ostdeutschlands ausgehe, „wir dagegen von den besonderen und eigenen Potenzialen, über die Sachsen und die neuen Bundesländer verfügen“.

### Noch eine linke?

LN. Sachsen brauche nicht mehr linke Parteien, sondern mehr linke Wähler, äußerte PDS-Spitzenkandidat Peter Porsch zu Überlegungen des SPD-Landtagsabgeordneten Hanjo Lucassen, eine „Sächsische Arbeiterpartei“ zu gründen. Die von ihm angemahnten sozialpolitischen Positionen seien gut bei der PDS aufgehoben. Eine übers Knie gebrochene Gründung einer neuen Partei würde die Linke zerstreuen und Wähler verschrecken.

### Wer kontrolliert wen?

LN. Einen politischen Skandal nannte der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion, André Hahn, die bekannt gewordene Überwachung von Landtagsabgeordneten durch den Verfassungsschutz. „Das Parlament soll die Regierung kontrollieren und nicht umgekehrt die Regierung über den Verfassungsschutz Parlamentarier ausforschen und Datensammlungen anlegen“, um sie damit gegebenenfalls unter Druck zu setzen.

### Görlitz unterstützen

LN. Anlässlich der Bewerbung von Görlitz als Kulturhauptstadt Europas 2010 forderte PDS-Fraktionsvorsitzender Porsch, von der Staatsregierung mit schnellen verbindlichen Finanzzusagen den erforderlichen Beitrag des Landes zu den mit der Bewerbung verbundenen Projekten zu leisten. Görlitz sei besonders geeignet, die Erweiterung der EU an einer Schnittstelle der Sprachen und Kulturen Gestalt werden zu lassen.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im März

### Warten auf den Aufschwung



Wie seit Jahren gab es auch im März dieses Jahres kaum Bewegung am Arbeitsmarkt. Frühjahrsaufschwünge verlaufen immer flacher – in Deutschland insgesamt, in Sachsen und auch im Arbeitsagenturbezirk **Leipzig**. Bei 75519 Arbeitslosen, die hier Ende März registriert wurden, ist eine Abnahme von 775 nicht gerade ermutigend. Geförderte berufliche Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewegen sich weiter auf niedrigem Niveau und werden auch in absehbarer Zeit die Situation ebensowenig verändern wie der erste Arbeitsmarkt, denn der Zugang an freien Stellen liegt mit 1873 um rund 1200 niedriger als im März des Vorjahres. Agenturleiter Dr. Meyer setzt auf Olympia und vor allem für 2005 auf BMW. In **Sachsen** ist die Arbeitslosenquote im März noch langsamer zurückgegangen: nur um ein Zehntel Prozentpunkte – von 20,4 auf 20,3. Absolut gab es noch nahezu 420 000 Erwerbslose. Nach wie vor liegen hier Bautzen (22,2 Prozent), Annaberg, Riesa und Leipzig auf den Spitzenplätzen.

Die **Lehrstellensituation** ist trotz schwächerer Jahrgänge noch angespannter als 2003. Von den bisher bei der Leipziger Behörde gemeldeten 6851 Bewerbern suchen noch 4805 einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Insgesamt sind nur 2136 Stellen verfügbar. In Sachsen insgesamt ist die Lage ähnlich. Berufsberatungskräfte wollen in den nächsten Wochen in Betrieben weitere Plätze gewinnen, doch erfahrungsgemäß sind dabei keine Wunder zu erwarten.

• GÜNTER LIPPOLD

### 30. März

**Leipzig / Dresden.** Während immer mehr deutsche Ärzte im Ausland arbeiten, betrug nach Angaben der Landesärztekammer die Anzahl ausländischer Mediziner Ende 2003 allein in Sachsen 607 gegenüber 254 zwei Jahre zuvor.

**Salzgitter.** Das Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt die umstrittenen Atom-mülltransporte vom sächsischen Rossendorf nach Ahus (Nordrheinwestfalen).

**Dresden.** Nach Mitteilung des Sächsischen Verbandes für Jugendarbeit bzw. der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen erhalten in diesem Jahr von den rund 50 000 Achtklässlern 28 600 die Jugendweihe und 7500 werden konfirmiert.

**Dresden.** Bei „Orientierungsarbeiten“ an den Schulen Sachsens sind die Ergebnisse in den Fächern Deutsch (Durchschnittsnote 3,4), Mathematik (4,0) und Englisch (3,7) deutlich schlechter als im Vorjahr.

### 1. April

**Dresden.** Lockerungen in der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik fordert Ministerpräsident Milbradt für Ostdeutschland in ei-

nem Strategiepapier. Seine Rezepte lauten: niedrige Löhne plus Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose, Einschränkungen beim Kündigungsschutz, Konzentration der Fördermittel auf „Leuchttürme“.

**Brüssel.** Gegen sächsische EU-Abgeordnete werden Betrugsvorwürfe erhoben. Constanze Krehl (SPD), Lutz Göpel und Jürgen Schröder (beide CDU) sollen trotz Abwesenheit Tagegelder kassiert haben.

### 2. April

**Dresden.** Mit den Stimmen seiner CDU-Mehrheit lehnt der Landtag in einer Sondersitzung einen Antrag der PDS ab, Innenminister Rasch wegen Führungsschwäche und damit Gefährdung der inneren Sicherheit des Amtes zu entheben. Ebenso bleibt ein SPD-Antrag zur Missbilligung der Arbeit des Minister-

präsidenten in der Polizeiaffäre erfolglos.

### 3. April

**Freiberg.** Wegen einer Bombendrohung muss der Supermarkt „Kaufland“ evakuiert werden. Die Polizei nimmt einen 38-jährigen Tatverdächtigen fest.

### 5. April

**Espenhain.** Auf einer ehemaligen Kohlestaubdeponie beginnt die Errichtung des größten Solarkraftwerkes Europas, das Ende Juli den ersten Strom liefern soll.

### 7. April

**Bautzen.** Das sächsische Oberlandesgericht entscheidet, dass Anwohner ausgebauter Straßen nachträglich Beiträge an die Kommunen zu entrichten haben, auch wenn bei Abschluss der Baumaßnahme noch keine örtliche Beitragssatzung existierte. Zuvor hatte ein gegen den

# SACHSEN-CHRONIK

30. März bis 12. April

Zahlungsbescheid Klagender vom Verwaltungsgericht Leipzig Recht erhalten.

**Dresden.** Der bisherige Chef der sächsischen Bereitschaftspolizei, Paul Scholz, wird zum Präsidenten des Landeskriminalamtes ernannt.

**Leipzig.** Sachsen liegt beim „Stadumbau“ im Osten mit dem Abriss von bisher 23 000 leerstehenden Wohnungen an der Spitze, wie die Staatssekretärin im Bundesbauministerium, Iris Gleicke, mitteilt.

**Brandis.** Der Landesrechnungshof rügt die Stadt wegen schwerwiegender Misswirtschaft in ihren zwei Wohnungsunternehmen. Zur Tilgung der Schulden braucht die Stadt zwanzig Jahre.

### 10. April

**Dresden.** Das seit 1986 im Wiederaufbau befindliche Schloss ist erstmalig seit seiner Zerstörung im Februar 1945 wieder für Besucher zugänglich. Der Termin der Fertigstellung ist noch nicht absehbar.

### 13. April

**Zwickau/Chemnitz.** Wegen Absatzschwierigkeiten ruht die Produktion von Volkswagen in der Woche nach Ostern.

**TOBIAS PFLÜGER, parteiloser Friedensaktivist und Politologe mit dem Schwerpunkt Militarisierung, wurde von den Delegierten des PDS-Parteitag auf Listenplatz 4 als Kandidat für einen Sitz im Europa-Parlament gewählt. Dieser Tage war er in Geithain, um auf einem von der PDS organisierten Forum über die jüngste Rekrutenvereidigung und den mutigen Protest des Ortsvorsitzenden Bernd Gnant zu diskutieren. Sein erster Kommentar:**

## „Sehr, sehr viele sehr intelligente Leute“

● **LN: Tobias Pflüger, sind Sie nach all den Platzierungsque-  
relen um einen aussichtsreichen  
Listenplatz als PDS-Kandidat für die Europawahl  
immer noch sicher, den richtigen  
Schritt getan zu haben?**

**T. Pf.:** Es ist gewiss ein Sprung in ein neues Leben. Und es ist wirklich etwas ganz Anderes, diese Partei von innen zu erleben. Diese Bandbreite, die ich vorher nicht kannte, hat mich sehr angenehm überrascht. Auch jetzt in Geithain erlebte ich sehr, sehr viele sehr intelligente Leute. Zudem ist es toll, wie ich mit offenen Armen von der Parteibasis aufgenommen werde. Die Chance, die mit meiner Kandidatur gegeben ist, haben zwar viele vorher schon erkannt. Viele erkennen

sie jetzt Stück für Stück. Aber Ihre Frage zielte tiefer, dennoch wollte ich zuerst mein gegenwärtiges Erleben darstellen. Natürlich war es hart, mich im Wahlvorschlag des Parteivorstandes auf einem abgeschlagenen Platz wiederzufinden. Ich ging mit meiner Freundin und mit anderen Vertrauten sozusagen in Klausur, wie ich mich verhalten sollte. Es war nicht einfach. Zumal mich auch niemand vom Vorstand in dieser Zeit direkt kontaktierte. Aber wie gesagt: Es wird jetzt immer besser. Ich fühle mich wohl.

● **Die Chance für die PDS, dank Ihrer Person fester in der außerparlamentarischen Friedensbewegung Fuß zu fassen, ist das eine. Aber wie ste-**

**hen Ihre Freunde, unter denen Parteienpolitik doch eher weniger geschätzt wird, zu Ihrer Kandidatur?**

Die wurde von wohlwollend bis begeistert und von manchen auch skeptisch oder ablehnend aufgenommen. Natürlich musste ich mich Fragen stellen, ob es noch Sinn macht, ob die PDS noch offen genug ist und ob ich nicht meine Unabhängigkeit aufgeben. Die Antwort darauf habe ich natürlich nicht. Sie wird sich im Prozess der Arbeit ergeben. Ansonsten finde ich solche Skepsis nützlich, denn sie hält wachsam. Ein Sesseldrucker will ich keinesfalls werden. Was heißt: Ich selbst bin und bleibe ein Bewegungsvertreter. Denn Veränderungen in der Gesellschaft gibt es nur über Grundstim-

mungen, und die können nur über Bewegungen verändert werden. Die Grünen sind dafür positives wie negatives Beispiel. Sie haben für ein radikales ökologisches Umdenken gesorgt und damit auch alle anderen Parteien beeinflusst. Bis sie sich von politischen Posten korrumpieren ließen. Wenn es dennoch viel Zustimmung zu meiner Kandidatur gibt, dann vor allem auf Grund der derzeitigen zugespitzten Situation. Ich nenne nur das Stichwort Sozialabbau. Die Friedensgruppen untereinander sind ja sehr gut vernetzt. Jetzt tut ein Stück aktive, direkte Politikeinmischung not. Insofern könnten von meinem Schritt in die Politik am Ende beide Seiten profitieren. Was mich betrifft, so beseelt

mich eine Art hoffnungsvoller Zweifel, wenn ich mit der Wahl am 13. Juni eventuell ins Europa-Parlament einziehe.

● **Ihr Hauptforschungsgebiet ist die Militarisierung der Gesellschaft. Welche Erwartungen haben sie diesbezüglich an die PDS, welche Ziele wollen Sie mit ihr umzusetzen?**

Kurz und bündig: Ich will das Antikriegspotential der PDS stärken. So habe ich es auf dem Parteitag gesagt. Deutlicher geht es nicht. Im Übrigen will ich beispielsweise beim Ostermarsch in die Dübener Heide dabei sein, denn das ist ein wichtiger Protest gegen den Strukturwandel der Bundeswehr.

● *Aufgezeichnet von  
M. WARTELSTEINER*



Liebe Franzi,

... da sprichst du ja ein Thema an: Krieg. Weißt du, ich war drei Jahre lang bei der Armee, also bei der NVA, als Funker. Da haben wir sattam Krieg geübt und „gespielt“. Wenn ich nur an die Manöver in der Dübener Heide denke ..., ehrlich, manchmal hat es sogar Spaß gemacht, wir wussten ja, es wird nicht scharf geschossen und wenn doch mal, dann alle halbe Jahre auf einem gesicherten Schießplatz, da kamen wir uns vor wie an der Schießbude auf einem Rummelplatz. Den vorhergegangenen 30-km-Marsch in voller Ausrüstung durch sandiges Gelände, den hab ich weggesteckt, hab sogar einem Dickwanst, der nicht so gut drauf war, das Sturmgepäck und die Knarre abgenommen, damit er es leichter hatte, er hätte sonst nicht durchgehalten; ich lief also unter fast doppelter Belastung. Aber ich war damals noch topfit. Unlängst, als ich mal mein Bücherregal durchstöberte, fiel mir eine uralte Schwarte in die Hand. Titel: „Sieben vor Verdun“. Erster Weltkrieg, 1916. Ich weiß gar nicht, wo und wann ich diesen Schmöker aufgegabelt habe. 307 Seiten lang Gemetzel zwischen Deutschen und Franzosen um die Stadt Verdun. Monatelanger Stellungskrieg. Und in keiner Zeile schwingt sowas wie Menschlichkeit mit, nur Nationalismus und Hass. 307 Seiten lang Brutalität, Blutrünstigkeit, und kein Verweis auf irgendwelche politische Hintergründe. Angeblich „lachend und singend“ gingen die deutschen Soldaten in den Tod, während – und das steht nicht in dem Buch –

## ... diese brutalen Gesichter

ihre Frauen zu Hause nicht wussten, wie sie die Kinder ernähren sollten. Kriegsverherrlichung pur. Bis heute – guck dir nur mal auf den Friedhöfen die Kriegerdenkmale an ...! Guck dir bloß mal die auf Schwerter gestützten Steinfiguren am Völkerschlachtdenkmal an. Diese brutalen Gesichter. Denkmal der sogenannten Befreiungskriege 1813, dabei waren diese Kämpfe auf allen Seiten nur nationalistisch motiviert. Wer weiß, vielleicht wäre es sogar besser gewesen, die Franzosen hätten damals dieses Deutschland erobert, der deutsche Nationalismus und Faschismus wäre vielleicht nicht aufkommen. Da halte ich es eher mit dem Franzosenfreund Heinrich Heine – „Deutschland, ein Wintermärchen“ – als mit Goethe, der sich gegen die französische Revolution gestellt hatte. Ja, diese Parole ist verpönt, aber ich stehe trotzdem dazu: Soldaten sind potentielle Mörder. In jedem Krieg sind in der Mehrzahl Zivilisten Opfer. Damals, als ich „bei der Fahne“ war, habe ich mir um sowas noch kaum einen Kopp gemacht, es war ja alles fast wie ein Geländespiel. Und der Polit-Unterricht war gründlich. Ich war ja noch ein junger Kerl, der auf Abenteuer scharf war. Ich schrieb dir mal, ich würde kein Buch wegwerfen, aber dieses nun doch. So viel Chauvinismus, so viel Kriegshetze! Ein Ekel! Ich sage dir, ich habe große Sorge, dass es wieder zu einem Krieg in Europa kom-

men könnte, nicht heute, nicht morgen, aber irgendwann, denn diese EU ist nur eine scheinbare „europäische Einheit“, die Ungleichheiten der ökonomischen Standards und Interessen der Staaten sind zu groß. Es toben ja Kriege weltweit genug. Da hatte olle Lenin schon recht, als er von den „Vereinigten Staaten von Europa“ abriet, und die nun totgeschwiegenen Marx und Engels sagten ja die Weltkriege aufgrund ihrer ökonomischen Analysen voraus. Ich frage dich, was habt ihr eigentlich in der Schule von diesen drei Leuten gehört? Und ich sage dir, hätte ich vor dreizehn

Jahren richtig gewusst, was kommt – eigentlich hatte ich es ja geahnt, aber nicht so richtig wahrhaben wollen, was kommen könnte – Wolfgang z. B. wäre nicht geboren. Wenn ich so die unbesorgten Kinder auf den Straßen, auf den Spielplätzen sehe, frage ich mich manchmal: Was steht denen noch bevor? Gottlob habe ich keinen Fernseher und komme daher nicht in Versuchung, mir irgendwelche Kriegsfilme anzusehen. Ich bin Pazifist geworden.

Von **EKKEHARD FRITZ**  
aus einem Brief an seine Tochter



Mit diesem Gesicht – unter dem Stichwort Landser im Internet zu finden – wirbt ein gewisser Andreas J. Voigt für seinen Deutscherherrenklub. Das klingt dann so: „Der geistige Sieg über den Feind ist der Höhepunkt des Sieges.“ Oder auch so weiß sich der „Publizist, Lebenskünstler, Abenteurer und Nationalapologet“ auszudrücken: „In der brennenden Umarmung der Hölle bin ich für den Himmel verloren./ Deutschland meine Liebe und mein Untergang./ Ah, ich umarme es, wie ein Verdammter die Asche seiner Hoffnung und seiner Ehre umarmt.“  
Ganz schön staubig ...

Ende September 2003 weilte der Präsident der Vereinigten Republik Tansania, Benjamin Mkapa, zu einem offiziellen Staatsbesuch in Deutschland. Bereits ein halbes Jahr später, vom 19. bis 24. März 2004, stattete der Bundespräsident der BRD, Johannes Rau, Tansania im Rahmen einer kleinen Afrikareise ebenfalls eine Visite ab. Zeitlich und politisch gesehen ist solch ein schneller Gegenbesuch ungewöhnlich und es erhebt sich die Frage: Was gab es schon wieder Wichtiges zu besprechen in Tansania?

Die Amtszeit des Bundespräsidenten Johannes Rau geht zu Ende. Was liegt näher, als vorher noch ein wenig zu reisen. First Lady Christina hat vor 32 Jahren in Tansania gearbeitet. Nostalgie kann ein starker Motor sein. Warum also nicht in das „natürliche, das ursprüngliche, das paradiesische Afrika“ reisen, wie Rau später in einer Tischrede Tansania bezeichnen sollte? Vorher besuchen wir noch kurz Nigeria und anschließend unsere tapferen Marinesoldaten in Dschibuti – fertig ist die Safari.

In den fünf Tagen wurde geredet, gegessen und besichtigt; besichtigt, gegessen und wieder geredet – mit Vertretern des Internationalen Strafgerichtshofes, der Provinzverwaltung Arusha, der neuen Ostafrikanischen Gemeinschaft, der Regierung Sansibars, der Regierungspartei, der Oppositionsparteien, der Kirche, den Entwicklungshilfeorganisationen und der Presse. Und es wurden unverbindliche Reden gehalten, darauf versteht sich ja der Bundespräsident.

### „Enge Verbundenheit“ war blutig

Tansania hätte für Deutsche eine ganz besondere Bedeutung, meinte Johannes Rau in seiner Tischrede auf dem Staatsbankett und sprach von der Geschichte, „die unsere beiden Länder vor hundert Jahren eng miteinander verbunden hat“. Ein kleines Beispiel der „engen Verbundenheit“ sei hier aus der blutigen Ko-

# Wer oder was zog Johannes Rau nach Tansania ?



Übersetzter Originaltext zum Originalfoto aus „Arusha today“: Der Präsident Deutschlands, Dr. Johannes Rau, und seine Gattin Christina in der River Trees Country Inn Lodge am Usa River beim Betrachten einiger alter Aufnahmen von Christina, die vor 32 Jahren in Tansania lebte.

lonialzeit der Jahre 1891 bis 1918 genannt. 1905–1907 schlugen deutsche Expeditionskorps in der Kolonie Deutsch-Ostafrika den Aufstand der Maji.Maji nieder, der sich gegen ein unmenschliches Zwangssystem richtete, das den profitablen Anbau von Baumwolle sichern sollte. Es war ein Terrorfeldzug, verbunden mit der Zerstörung von Dörfern, der Vernichtung der Ernten auf den Feldern, der Zuschüttung von Wasserstellen und des Aushungerns der Bevölkerung. 250 000 bis 300 000 Menschen kamen nach Schätzungen des afrikani-

schon Historikers Gwassa in diesem Krieg um.

### Massiver politischer Druck wegen DDR-Anerkennung

Weiter erinnerte Johannes Rau in der gleichen Ansprache an den verdienstvollen früheren Präsidenten Julius Nyerere, für den die Deutschen Anerkennung und Achtung empfanden.

Das war, was die Bundesrepublik betrifft, nicht immer so. 1965 z. B. entzog die Bundesregierung dem Land zugesagte weitere Hilfe, weil Nyerere im Interesse

des Landes und trotz massiven politischen Druckes von Seiten der BRD der Errichtung eines DDR-Generalkonsulates in Daressalam zugestimmt hatte. Es war dies die Zeit der Hallstein-Doktrin. 1972, als dem Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR die Anerkennungswelle folgte, bedurfte es großer Anstrengungen der BRD, in Tansania verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

### „Paradiesisches Afrika“ – Verhöhnung für Tansanias Volk

Zurück zum „paradiesischen Afrika“, wie Johannes Rau Tansania bezeichnete. Für die Mehrheit des tansanischen Volkes muss diese Charakterisierung wie eine Verhöhnung klingen. Tansania gehört nach fast 20 Jahren Marktwirtschaft noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt. Es hängt seit 1985 am Tropf des Internationalen Währungsfonds, einer Filiale der USA und anderer reicher Länder zur Disziplinierung wirtschaftlich schwacher Staaten mittels Zuckerbrot (Kredite) und Peitsche (einschneidende Bedingungen). Das 1986 vereinbarte „Economic Recovery Programme“ (Wiedergenesungsprogramm) verlangte von Tansania die Privatisierung der staatlichen Unternehmen, den Abbau der Preis- und Devisenkontrollen, die Abwertung der nationalen Währung, die Freigabe des Wechselkurses, die Begrenzung der Subventionen usw. Es führte zu einer Verschärfung der Armut im Lande. Hohe Inflationsraten, steigende Verschuldung, Abbau der Sozialsysteme, Arbeitslosigkeit, Aushöhlung des Arbeitnehmerschutzes charakterisieren die Lage.

Während des Gegenbesuches wurden keine Abkommen unterzeichnet, keine Schulden erlassen, keine konkrete weitere Hilfe vereinbart. Johannes Rau übernahm nicht einmal die Patenschaft für irgendwas. Das wäre auch nicht die Aufgabe des Bundespräsidenten, meinte ein Pressesprecher des Bundespräsidialamtes. Na – da stellen sich doch einige Fragen, oder?

• MANFRED BOLS

**K**inderhandel, Kinderpornografie und Kinderprostitution, Kinderarbeit, Straßenkinder, Kindersoldaten – wer wollte sagen, was das schwerste Verbrechen an Kindern ist?

Dem Thema Kinderrechte mit dem Schwerpunkt Kindersoldaten ist eine Ausstellung gewidmet, die die Leipziger Gruppe des Kinderhilfswerks „terre des hommes Deutschland“ in der Stadtbibliothek am Wilhelm-Leuschner-Platz zeigt. Großfotos, verbunden mit Fragen, die das dahinter stehende soziale Problem auf den Punkt bringen, unreißen eine der unmenschlichsten Erscheinungen in der gegenwärtigen Welt.

Die Ausstellung wurde am 30. März eröffnet und ist noch bis zum 9. Juni zu sehen. Bei der Eröffnung im Oberlichtsaal der Bibliothek wurden Leipziger Schüler ausgezeichnet, die an einem Malwettbewerb zum Thema teilgenommen hatten.

Parallel dazu – vom 19. bis 29. Mai – ist das Thema Gegenstand einer Exposition auf dem Leipziger Hauptbahnhof.

## Kindersoldaten

### Ergänzende Fakten zu einer bewegenden Ausstellung

Nach Schätzung der UNO sind gegenwärtig in etwa 36 Ländern über 300 000 Kinder und Jugendliche – Jungen und Mädchen unter 18 Jahren, manche nur sieben Jahre alt – in regulären Streitkräften und paramilitärischen Verbänden als Soldaten im Einsatz.

Zwar ist seit Februar 2002 ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, das das Mindestalter für Zwangsrekrutierungen von 15 auf 18 Jahre anhebt. Auch hat die Sudanesischen Volksbefreiungsarmee beispielsweise bereits im Jahre 2001 über 2600 Kindersoldaten aus ihren Reihen ausgegliedert; Gleiches gaben Guerillagruppen in Kolumbien bekannt. Jedoch vor allem in innerstaatlichen Kriegen in Afrika,



Asien und Südamerika sind Kindersoldaten nach wie vor alltäglich.

Besonders sind jene Kinder gefährdet, Soldaten zu werden, die infolge von Vertreibung und Flucht von ihren Eltern getrennt wurden. Nicht alle sind zwangs-

rekrutiert, viele trieb die tägliche Not zu militärischen Verbänden verschiedenster Art.

Es ist an der Tagesordnung, dass in Kampfeinheiten eingegliederte Mädchen zu Opfern von Verschleppung, Verkauf und sexuellem Missbrauch werden

und oft solche Folgen zu tragen haben wie ungewollte Schwangerschaft und HIV-Infektion.

Kindersoldaten sind von den Kriegsherren in der dritten Welt besonders geschätzte Kämpfer, weil sie Erwachsenen meist blindlings folgen und ihr Selbsterhaltungstrieb wenig ausgeprägt ist. Die Entwicklung automatischer Handfeuerwaffen, die immer leichter zu handhaben sind, kommt dem Einsatz Halbwüchsiger entgegen. Sie erhalten keinen Sold und werden zum Plündern aufgefordert.

Die Folgen für die Kinder sind oft nicht nur verlorene Kindheit, Tod und Verkrüppelung, sondern auch lang andauernde psychosoziale Erschütterungen.

Für Deutschland hat die Problematik der Kindersoldaten eine ganz unmittelbare Brisanz. Etwa 500 von ihnen, die diesem Schicksal entrinnen konnten, leben hier, bedürfen der Eingliederung, medizinischer und psychischer Fürsorge. Davor steht die Anerkennung als politischer Flüchtling – aber Desertion ist kein Grund ...

G. L.



Es war nicht der Terror von Madrid am 11. März, der in Spanien drei Tage später die Wahl gewann – wie noch immer bürgerliche Zeitungen hierzulande meinen. Es war allein die Arroganz der Macht der konservativen *Partido\* Popular* (PP), gepaart mit dem Zynismus des noch amtierenden Ministerpräsidenten José María Aznar Lopez, die zum Wahlverlust führte. Sofort nach Bekanntwerden der Attentate auf die vier Vorortzüge in der spanischen Hauptstadt hatte die Regierung angewiesen, dass das staatliche Fernsehen und die Presseagentur in der Berichterstattung die baskische ETA als Täter zu nennen haben.

Am 11. März in der Zeit von 7.30 bis 8 Uhr explodierten zehn Bomben mit je 15 Kilo Sprengstoff, die, mit Zeitzündern versehen, in Rucksäcken deponiert waren. Die erste Explosion ereignete sich in einem Vorortzug, als dieser in den wichtigen Madrider Bahnhof Atocha einfuhr. Weitere Explosionen erfolgten in Zügen an den Stationen der östlichen Vororte Madrids El Pozo, Santa Eugenia und auf freier Strecke. Zu dieser Tageszeit nutzen die REFE-Vorortzüge Schüler, Studenten und Arbeiter, um nach Madrid zu fahren. Unbeschreibliche Szenen mit Toten, Kadaverteilen und Blutenden inmitten verkohlter Trümmer und zerstörter Eisenbahnwaggons boten sich den Rettungskräften. Es war der bisher größte Anschlag, den Spanien erlebte. Sofort sprach man von einem spanischen „11. September“. Auch für Westeuropa ist die Attentatskette, bei der 190 Menschen getötet und über 1600 zum Teil schwer verletzt wurden, ohne Beispiel.

Als im Zuge erster Ermittlungen über die Hintergründe der Anschläge immer stärkere Zweifel an ETA als Täter auftauchten, blieb die spanische Regierung bei ihrer Vorverurteilung. Das auch noch, als der Sprecher der verbotenen ETA-Partei, Otegi, „arabische Extremisten“ für den Anschlag verantwortlich machte, da von ETA immer eine Vorwarnung komme. Diese war aber ausgeblieben. Der Sprecher verurteilte den „blinden Aktivismus“ gegen die Zivilbevölkerung. Dennoch behauptete eine Extraausgabe der Tageszeitung *El País* unter der Schlagzeile „Gemetzelt von ETA in Madrid“, für die Attentate sei „die baskische Terrorbande“ verantwortlich.

Das Kürzel ETA steht für „Euskadi ta Azkatasuna“ – aus dem Baskischen übersetzt: „Baskenland und Freiheit“. Der sogenannte bewaffnete Kampf der ETA begann noch zu Zeiten Francos 1961. Der erste Anschlag auf einen Eisenbahnzug, der Freiwillige der francistischen Bürgerkriegstruppen zu einer Gedenkfeier ins Baskenland bringen sollte, scheiterte. Spätere Attentate richteten sich gegen die verhasste Guardia Civil oder hohe Staatsbeamte. 1973 tötete ETA mit einem spektakulären Bombenanschlag in Madrid Admiral Carreo Blanco, den Statthalter Francos. Auch nach Ende der Franco-Diktatur und bis heute verübte sie immer wieder Attentate. Neben Vertretern des Staates und der Staatsgewalt gehörten auch Industrielle und Gewerbetreibende zu ihren Zielen; sie wurden zum Zweck der Eintreibung einer sogenannten Revolutionssteuer mit Mord bedroht.

Während der Diktatur und noch Jahre danach fand ETA in der baskischen Bevölkerung beträchtliche – auch finanzielle – Unterstützung. Heute ist ETA ziemlich isoliert. Bis zum Verbot 2003 durch die Regierung Aznar bekam die ihr nahe stehende Baskenpartei *Herri Batasuna*

(„Volksgemeinschaft“) bei Wahlen 15 Prozent der Stimmen.

Nach den Attentaten vom 11. März erklärte auch der spanische Innenminister Ángel Acebes, es gebe keine Zweifel an der Täterschaft der baskischen Terroristenorganisation. Er behauptete, der eingesetzte Sprengstoff entspräche der Sorte, die ETA bisher verwendete. Drei weitere gefundene Bomben seien von der Polizei kontrolliert zur Explosion gebracht worden. Ministerprä-

Wahlen gewinnen will. Bis zum späten Abend des 13. März hält die Informationspolitik der Regierung an ihrer ETA-These fest. In diesem Sinne werden vom Regierungssitz „Moncloa“ aus nicht nur die spanischen Chefredakteure und Auslandskorrespondenten, sondern auch die befreundeten europäischen Regierungen und die UNO wissentlich falsch informiert.

Am Abend des 13. März kommt es zu Demonstrationen vor der Parteizentrale der PP in Madrid. Ruchbar geworden ist

Ministerpräsident angekündigt, dass die 1300 spanischen Soldaten aus dem Irak abgezogen werden.

Noch eindrucksvoller ist der Wahlsieg der PSOE bei den Regionalwahlen in Andalusien. Bei einer Wahlbeteiligung von 75,85 Prozent bekam die *PSOE de Andalucía* 50,27 Prozent der Stimmen, die PP nur magere 31,79 Prozent. So kann die PSOE de A im Regionalparlament mit absoluter Mehrheit regieren.

Bei Gesprächen auf meiner Reise durch Spanien im Februar bis Anfang März hat-

### Nach den Terroranschlägen in Madrid

# Wahl in Spanien



sident Aznar sprach in der Sitzung seines Krisenkabinetts von einem Massenmord, der nicht ungesühnt bleibe dürfe.

Schneller als beim Putschversuch von Offizieren der Guardia Civil im Jahr 1981 wandte sich König Juan Carlos I. am Abend des 11. März über das Fernsehen an das Volk. Königin Sofia besuchte in Begleitung ihres Sohnes, Kronprinz Felipe, und seiner Verlobten die Verwundeten und deren Angehörige in den überfüllten Krankenhäusern der Hauptstadt. Selbst als die Polizei am Abend des 11. März einen Lieferwagen mit Zündern unweit von Madrid in Alcalá de Henares sicherstellte und darin ein Tonband in arabischer Sprache mit Koranversen fand, blieb für Innenminister Acebes allein ETA im Visier. Am Abend hatte die in London erscheinende arabischsprachige Zeitung *Al-Kuds al-arabi* ein von Al Qaida stammendes Schreiben erhalten. In diesem Schriftstück bekannte sich die Organisation zu den Bombenanschlägen von Madrid. Mit Fax bekam das Büro der Nachrichtenagentur *Reuters* in Dubai eine Kopie zugesandt. Darin hieß es: „Wir haben erfolgreich das Herz des Kreuzfahrer-Europas infiltriert und eine seiner Basen getroffen.“

Noch zur Großdemonstration am 12. März in Madrid heißt ETA der Attentäter. Doch mit der Verhaftung von drei Marokkanern und zwei naturalisierten Indern am 12. März kippt die Meinung der Bevölkerung im Lande. Es setzt sich die Meinung durch, dass die Partido Popular mit „ETA war’s“ die anstehenden

die Nachrichtenmanipulation der Aznar-Partei. Auch vor anderen PP-Büros im Lande versammeln sich aufgebrachte Bürger und weisen wie in Madrid auf die Manipulation hin. Mariano Rajoy, Kandidat als neuer Ministerpräsident der PP, bezeichnet die Demonstrationen als „ungesetzlich“. Am 14. März strafen die Wähler die Partido Popular auch wegen dieser Äußerung ab.

Vor den Terroranschlägen in Madrid hatten die Wahlumfragen im Lande der seit acht Jahren regierenden PP einen Stimmenanteil von 42,2 Prozent vorausgesagt. Die sozialdemokratische *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) wurde mehrheitlich nur mit 35,5 Prozent bewertet.

Bereits nach der ersten Hochrechnung des Fernsehens zeichnete sich das Debakel der PP ab. Am frühen Morgen des 15. März lag das amtliche Wahlergebnis vor: Bei einer Wahlbeteiligung von 77,21 Prozent (im Jahr 2000 lag sie bei 68,71 Prozent) bekam die PSOE 42,64, die PP 37,64 und die *Izquierda Unida* – Vereinigte Linke – (IU) 4,96 Prozent. Damit stellt die PSOE nach acht Jahren in der Opposition wieder den spanischen Ministerpräsidenten. Dem kommenden sozialdemokratischen Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero fehlen an der absoluten Mehrheit im Parlament, den Cortes, zwölf Stimmen. Noch hat Wahlsieger Zapatero keine Aussage über eine Koalition getroffen, aber bereits sein vor den Wahlen gegebenes Versprechen eingelöst. Einen Tag nach der Wahl hat der künftige

ten alle meine Partner einen Wahlsieg von Zapatero in Frage gestellt. Dabei ist die Liste des Fehlverhaltens des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der PP, José María Aznar Lopez, lang. Sie reicht vom mangelhaften Krisenmanagement beim Untergang des Tankers „Prestige“ vor der galicischen Küste 2002 bis zum Plan, das Wasser des Ebro zur Provinz Murcia umzulenken, wodurch das Ebro-Delta in Katalonien austrocknen würde. Die Umleitung soll mehr Wasser zum Gemüseanbau unter Plastikplanen nach Murcia bringen. Österreicherische Lebensmittelchemiker haben übrigens kürzlich festgestellt, dass Erdbeeren aus Spanien die stärksten Pestizid-Rückstände aufweisen ...

Nach der Wahl ist es in Spanien mit einer Bush-freundlichen Regierung vorbei. Vielleicht wird der Sozialdemokrat Zapatero alle Verträge der Nutzung von spanischen Militärbasen, auch Rota in Andalusien, aufkündigen. Und aus der Guardia Civil eine demokratische Polizei werden. In Zeitungen werden noch heute ihre Bilder mit unkenntlichen Gesichtern veröffentlicht. Auch könnte eine Diskussion über die von Diktator Franco eingeführte Monarchie beginnen. Bei Demonstrationen, so jüngst bei der Antikriegsdemonstration am 20. März in Madrid, wird bereits die spanische Trikolore, die Fahne der Republik, mitgeführt. So königstreu, wie sich Aznar in seiner Regierungszeit gab, war nicht jeder Spanier, mit dem ich sprach. Was es bestimmt geben wird, ist ein Bekenntnis Zapateros zu den Frauen und Männern, die in den Jahren 1936 bis 1939 für die spanische Republik kämpften. Der Großvater von Zapatero, Offizier der Republik, wurde von Francos Soldateska 1936 ermordet.

Am 24. März gedachte ein Staatsakt in der Catedral de la Almudena von Madrid der 190 Toten des Attentats. Wie bisher nur bei der Trauerfeier für Franco im Jahre 1975 wurde die den spanischen Monarchen vorbehaltene Kathedrale für Bürgerliche geöffnet. Zahlreiche für die Angehörigen der Toten reservierte Plätze blieben unbesetzt – stummer Protest gegen Aznar, aber auch gegen die Monarchie. Von beiden wollte man sich nicht vereinnahmen lassen.

• KARL-H. WALLOCH

\* Das spanische Wort für Partei ist männlich; der Autor folgt der üblichen Angleichung an den deutschen Sprachgebrauch.

Zum Kummer der Kinobetreiber zieht der in Amerika die Kassen füllende Film „Die Passion Christi“ in den ostdeutschen Ländern entschieden weniger Zuschauer an. Das liegt aber keineswegs nur an der weit geringeren Zahl von Kirchenmitgliedern, sondern auch an einer anderen Einstellung zum bewegenden Geschehen. Für historisch, kulturell und speziell musikalisch Interessierte wird die Vorstellung von der Passion wesentlich von den Passionsmusiken geprägt, vor allem von der Johannes- und der Matthäus-Passion Johann Sebastian Bachs. Die Einzigartigkeit und auch Bildhaftigkeit der Musik Bachs lassen in Verbindung mit dem Text ohne Vordergrundigkeit für jeden Hellhörigen einen der ungeheuerlichsten Justizmorde erleben. Choräle wie „Wer hat dich so geschlagen“, „O Haupt voll Blut und Wunden“ steigern nicht nur die Anteilnahme, sondern stellen dem Zuhörer existenzielle Fragen. Barbarischer Gewalt wird mit Gewaltlosigkeit und geistiger Kraft entgegnet.

In der hier besprochenen Aufführung der Matthäus-Passion durch die Thomaner und das Gewandhausorchester am Gründonnerstag

## Bachs Passionen kontra Mel Gibsons blutrünstigem Film

führte der Thomaskantor zu einer tief bewegenden Gestaltung. Schon der eindringlich gesungene Eröffnungschor zog die Zuhörer in seinen Bann. Den von Martin Petzold mit bewegter Anteilnahme ausdrucksstark gestalteten Evangelienbericht, die Reaktionen Thomas Laskes als energischer und zugleich nachdenklicher Jesus und die der verschiedenen Volksgruppen sowie die betrachtenden, fragenden Choräle und Arien (am überzeugendsten Susanne Krumbiegel) fügte Georg Christoph Biller zu ergreifendem und aufwühlendem Geschehen.

Von Aufführungen anderer Passionen und Passionsmusiken (so von Heinrich Schütz und Joseph Haydn) seien hier die Matthäus-Passion von 1781 des zweitältesten Bach-Sohnes Carl Philipp Emanuel und des Leipziger Oratorienchores herausgegriffen. Der Hamburger Praxis entsprechend hatte der Bach-Sohn (mit 20 Passionen) wie vor ihm Telemann (mit 46 in ebenso vielen Wirkungsjahren) und dessen Vorgänger in der Reihenfolge der vier Evangelien jedes Jahr eine neue Passion von möglichst nur einer Stunde Länge zu schaffen. Dabei durfte er aber auf eigene und auch anderer Komponisten Ausschnitte zurückgreifen. Die 1781 verwendeten Sätze des Vaters wecken heute die stärksten Eindrücke. Doch auch Eigenes und Übernahmen vom damaligen Kreuzkantor Gottfried August Homilius wie des ihm aus ihrer gemeinsamen Berliner Zeit gut bekannten Georg Benda fügen sich da zu einem Ganzen, das auch heute nicht unberührt lässt. Die beindruckende Aufführung des Werkes in der Reformierten Kirche bleibt dem Schumann-Chor und Schumann-Orchester unter Ina Leisinger zu danken.

Ein kontrastreiches Programm bot Martin Krumbiegel mit seinem Leipziger Oratorienchor in der Kirche zum Heiligen Kreuz überzeugend und höchst eindringlich. Der empfindungsstarken Motette „Tristis est anima mea“ („Betäubt ist meine Seele“) des Bach-Vorgängers Johann Kuhnau folgten der a-capella-Chor „Ich bin der rechte Weinstock“ (1996) und das „Stabat mater“ (1985) des estnischen Komponisten Arvo Pärt. Nach drei Geistlichen Gesängen von Max Reger erklang das bewegende „Miserere“ in c-Moll des langjährigen Dresdener Hofkapellmeisters Johann Adolf Hasse, der neben und nach Bach mit seiner melodisch betonten Musik den Weg zu den Wiener Klassikern ebnete.

• WERNER WOLF

## Ironie vom Feinsten

Den diesjährigen Förderpreis des Vereins zur Förderung von Grafik und Buchkunst Leipzig erhielt der junge Buchkünstler **Didier Mutel** (Paris). Die internationale Jury entschied kühn: Unter dem Titel „2003–G.W. Bush. 4 speeches“ gibt Mutel vier Bush-Reden in Kupferstich in Gestalt von Frequenzen wider (siehe Ausschnitt). Die ungebundenen Lagen aus kostbarem Papier sind in einen kunstvollen Schuber gefasst – alles vom Gestalter selbst gefertigt. Das Werk lebt vom auf die Spitze getriebenen Widerspruch zwischen feinsten Form und unfeinstem Gegenstand. Kein Zweifel: Die Frequenzen symbolisieren die Hohlheit der



Reden und deuten – wie vom Seismograf aufgezeichnet – auf das Beben hin, die Bushs „Kriege des 21. Jahrhunderts“ auslösen.

Den Walter-Tiemann-Preis 2004 erhielten die Typografinnen **Daniela Mirabella** und **Rebecca Pfaffhauer** (Zürich) für ein auf andere Weise pädagogisches Werk: das auf den ersten Blick unscheinbare Buch „TIFKATA“, das sich als Anleitung zum Spiel mit Buchstaben erweist. Zum Computerprogramm umgesetzt, macht es den Bildschirm zum Bauplatz. Unter wohl-

wollender Kontrolle einer Sonne können Kinder mit Buchstaben Gestalten formen.

Der Walter-Tiemann-Preis ist damit zum 7. Mal an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig vergeben worden (der Wettbewerb findet alle zwei Jahre statt). Er erinnert an einen namhaften Typografen und Buchgestalter, der an der HGB lehrte und sie leitete. Der eingangs erwähnte Förderpreis wurde von der Niederlassung Leipzig der Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb Deutschland GmbH gespendet. • gb

Nun bietet Henri Maier gegen Ende seines dritten Intendantenjahres im Leipziger Opernhaus erstmals ein zeitgenössisches Werk, sogar als deutsche Erstaufführung: „Flight“ des Engländers Jonathan Dove nach einem Libretto von April de Angelis, 1998 von der Glyndebourne Touring Opera uraufgeführt. Die damit verbundene Absicht ist schnell erkennbar. Der Intendant möchte zwar etwas Neues vorweisen, das umworbene Publikum aber nicht durch eine komplizierte Handlung und ebenso wenig durch allzu anspruchsvolle Musik verschrecken.

Was aber da vorgeführt wird, ist wenig mehr als der seit über hundert Jahren immer wieder abgespulte Gang einer Operette. Drei Paare verschiedenen Alters lieben sich (im ersten Akt), streiten sich (im zweiten) und versöhnen sich (im dritten). Dazwischen steht noch eine vergeblich auf ihren jungen Liebhaber wartende, jugendlich zurechtgemachte ältere Frau. Weil das aber gar zu wenig ergebnisreich ist, spielt das Ganze auf einem Flughafen, auf dem sich ein Flüchtling ohne Papiere verborgen hält, der mit vermeintlichen Zaubersteinen einige Verwirrung stiftet. Eine philosophierende Kontrolleurin duldet ihn, ja scheint von ihm angezogen zu werden, ein hartherziger Kontrolleur will ihn ausweisen, lässt sich aber erweichen, nachdem der Fremde am Ende sein Schicksal erzählt hat.

Ein bisschen Bisexualität soll den harmlosen Vorgängen etwas Pikanterie verschaffen, indem Bill, der junge Mann des ersten Paares, sich in die Stewardess verguckt, aber versehent-

lich in die Fänge des mit der liierten Steward gerät und von dem schnell mal vernascht wird. Die Frau eines nach Minsk beorderten Diplomaten weigert sich im letzten Moment mitzufliegen und bringt in einem alten Flughafenbus ein Kind zur Welt. Da ist es schwer, zu diesen alltäglichen kleinen Geschichten eine Musik von Belang zu schreiben. Die stärksten Eindrücke weckt die Erzählung des Flüchtlings am Ende. Mit ihr schafft der 45-jährige Jonathan Dove vor allem mit einigen Holzbläsersoli Atmosphäre. Aber da ist das Stück ja gleich vorbei. Ansonsten bedient sich Dove ziemlich unbekümmert aus dem Arsenal der Musik des 20. Jahrhunderts. Für den Orchesterpart nutzt er gern helle Klänge, wie sie bei einem seiner Vorbilder, Benjamin Britten, oft zu hören sind, aber auch bei Leos Janáček und in Erich Wolfgang Korngolds „Toter Stadt“. Das hört sich alles passabel an, berührt aber nicht sonderlich. Eine Oper von Benjamin Britten würde entschieden mehr aussagen. Der Regisseur Ralf Nürnberger, der auch die deutsche Textfassung schuf, und der Dirigent John Axelrod haben es nicht leicht, zweieinhalb Stunden Spannung in der Geschichte zu halten. Zunächst beeindruckt Julia Borchert als einsame Kontrolleurin mit eindringlichem Gesang. Geheimnisumwittert

## Jonathan Doves „Flight“ zwischen Oper und Operette

Erste zeitgenössische Oper in Henri Maiers Amtszeit

tritt David Cordier (der übrigens schon wiederholt in Leipziger Konzerten zu hören war) als Flüchtling auf. Das erste der drei Paare, Torsten Süring als Bill und Marika Schönberg als Tina, lässt der Regisseur tänzelnd herumquirlen. Therese Renick stolziert als ältere, aber aufgedonnerte Frau. Munter schwatzend treten Anne-Marie Seager als Stewardess und Herman Wallén als Steward auf, geschäftig Jürgen Kurth als Diplomat und Hendrikje Wangemann als Diplomatenfrau. Was der Komponist den Sängern zugedacht hat, bewältigen sie spielend.

So gut es geht, sorgt Ralf Nürnberger im Weiteren für Betrieb auf der Bühne, doch der zweite Akt zieht sich ziemlich dahin. Kurzweiliger geht es im dritten zu – zu guter Letzt mit dem großartig singenden David Cordier sogar ergreifend. John Axelrod musiziert mit dem Gewandhausorchester beschwingt und sorgt für beweglichen musikalischen Ablauf. Offensichtlich der von Richard Strauss an Stefan Zweig gerichteten Warnung folgend, dass schon in einem Schauspiel nur zwei Drittel des Textes, in einer Oper aber nur eines verstanden würden, wird der gesungene deutsche Text auch noch mit Übertiteln eingeblendet.

• WERNER WOLF  
Weitere Aufführungen finden am 18., 21., 23. und 25. April statt.

## Alles Gehalt geht vom Volke aus

origineller Umsetzung für die Botschaft des Autors nutzen. Da ist Hoffmann der übermüdete Bundesadler im Reichstag, eine Lottokugel – die Nummer allerdings blieb trotz der scheinbaren Fülle ziemlich blaß –, das Bernsteinzimmer (wunderbarer Einfall) und der Bart. Letzteres greift etwas zu kurz, wenn man den größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts nur auf dieses Attribut reduziert. Verstanden wurde allerdings die Absage an jede Form von Faschismus.

Dank Witz und Wandlungsfähigkeit verging die Zeit schnell. Der Otto-Reutter-Spezialist zeigte sich auch hier gesanglich stark. Karsten Wolf (am Keyboard) zauberte ihm mehrere Melodien, die das Zeug zum Gassenhauer haben, Frank Endrik Moll als Percussionist der Sonderklasse darf nicht unerwähnt bleiben. Zu loben ist, dass

bei Hoffmann nichts im Unverbindlichen blieb. Es tat manchem so manches weh, was er da zu hören bekam. Natürlich gab es auch Füllnummern wie Schnubbn und leider eine überflüssige Szene Cool sein, die als ein, absolut unnötiger, Angriff auf Homosexuelle verstanden werden kann. Glücklicherweise überwogen Szenen mit meist innenpolitischem Hintergrund. Es war nicht Tandadarei angesagt, sondern deutliche Ansprache. Für das politische Solokabarett in Leipzig war das ein deutlicher Sprung nach vorn. Wie seine Figur Pit Pannik hat Hoffmann Katzbuckeln nie gelernt. So möge es bleiben. Der Beifall des gewöhnlich nicht so euphorischen Premierenpublikums war stark, übrigens auch dank der Kollegen aus anderen Kabarets.

• BENJAMIN HAGEL

Den nachstehenden Aufruf haben wir, leicht gekürzt, dem „Rundbrief der Willi-Bredel-Gesellschaft 2004“ (Hamburg) entnommen. Interessenten können den 52-seitigen durchgehend illustrierten Rundbrief zum Preis von 2,50 Euro plus 77 Cent Porto bei der Willi-Bredel-Gesellschaft / Geschichtswerkstatt, Im Grünen Grunde 1, 22337 Hamburg bestellen. Fax 040-591358, E-Mail willi@bredelgesellschaft.de

**L**otte Fürnberg ist tot. Sie, die gebürtige Pragerin, die Witwe des Dichters Louis Fürnberg, die Sozialistin, verstarb am 3. Februar 2004 dreiundneunzigjährig in Weimar.

Die heute tonangebenden Medien haben den Namen des Musikers, Lyrikers und Schriftstellers Louis Fürnberg (1909–1957) immer nur mit seinem Gedicht *Die Partei, die Partei, die hat immer recht* assoziiert und sein übriges Werk erfolgreich vergessen gemacht. Wer kennt heute noch seine schöne, an Rilke geschulte Lyrik, wer seine großartige *Mozart-Novelle*, wer seine Goethe-Erzählung *Begegnung in Weimar*? Wer hat je von seiner Agitprop-Gruppe „Echo von links“ gehört oder von seinem musikalischen Talent? Kannte man im Westen Fürnbergs Namen nur in Zusammenhang mit dem erwähnten Parteilied, so setzte der westdeutsche Literaturhistoriker Jürgen Serke 1987 noch eins drauf. Gestützt auf Aussagen Dritter versuchte dieser, Fürnberg den Verrat an seinem Freund Oskar Kosta anzulasten, der während der Slanský-Prozesse in der Tschechoslowakei zu Gefängnishaft verurteilt worden war. Lotte Fürnberg ist bis zuletzt gegen diesen Verdacht vorgegangen.

Ebenso wie Willi Bredel, Fritz Erpenbeck,

## Zum Tod von Lotte Fürnberg

Für ein Treffen von Freunden antifaschistischer  
Literatur und Kunst

Jan Koplowitz, Kuba (Kurt Barthel), Hans Marchwitza, Martin Andersen Nexö, Ludwig Renn, Adam Scharrer, Ludwig Turek, Bodo Uhse, Alex Wedding, Erich Weinert, F.C. Weiskopf, Johannes Wüsten, Max Zimmering, Hedda Zinner u. v. a. gehört Louis Fürnberg in die Reihe jener Schriftsteller und Dichter, die in den letzten 15 Jahren verunglimpft und denunziert, im besten Falle nur vergessen wurden. Deren Makel war, zu den proletarisch-revolutionären Schriftstellern gehört oder sich nach Kriegsende für den antifaschistischen Teil Deutschlands entschieden zu haben. Ihnen wird im heutigen Deutschland kein Platz in Verlagsprogrammen und Feuilletons zuteil. Was einmal überwunden schien, wiederholt sich: Die Abkopplung jener antifaschistischer Autoren, die als „Klassiker“ gelten, von denen, die aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden scheinen oder dort nie angelangt sind (so in Westdeutschland). So muss man sich um das öffentliche Interesse an Bertolt Brecht, an Egon Erwin Kisch oder an Anna Seghers heute keine Sorgen mehr machen. Gewiss, auch sie waren Kommunisten, aber diese Überzeugung wird heute von der offiziellen Literaturwissenschaft mit den „Zeitumständen“ erklärt, verschämt mit der Floskel „Mitglied der KPD“ umschrieben oder durch „Abweichungen von der Parteilinie“ ins rechte Licht gerückt. Unterschlagen wird, dass ihre politische Überzeugung vom

Werk nicht zu trennen ist! Auch jener Schriftsteller und Künstler, die in den sowjetischen Gulags verschwanden oder die zu Kritikern des Realsozialismus geworden sind, wurde in den letzten anderthalb Jahrzehnten sehr ausgiebig gedacht. Zu Recht! Die Früchte dieser Forschungen sind bitter, aber auch bitter notwendig. Hin und wieder finden auch Johannes R. Becher, Heinrich Mann, Wieland Herzfelde, O. M. Graf, Lion Feuchtwanger, Friedrich Wolf und Arnold Zweig wegen ihrer bürgerlichen oder jüdischen Herkunft oder wegen ihrer besonderen Stellung im einstigen Literaturbetrieb das Interesse der Forschung oder gar der Verlage. Kurzum: Nur in ihrer Eigenschaft als Klassiker oder als Juden sind sie heute gefragt. Anders bei den Vergessenen. Sie genießen überhaupt keine Beachtung mehr, ebenso wie zahlreiche bildende Künstler und Theaterschaffende, die sich als Antifaschisten verstanden.

Es ist an der Zeit, dass Freunde, die unser Anliegen teilen, an einen Tisch finden, um darüber zu beraten, wie das Interesse an antifaschistischen Schriftstellern und Publizisten, Dichtern und bildenden Künstlern, Theater- und Filmschaffenden neu geweckt und deren Erbe und Andenken bewahrt werden kann. Wir denken an ein *Treffen von literarischen Gesellschaften und Vereinen, Verlegern und Lesern, Literatur- und Kunstfreunden, Wissenschaftlern und Journalisten*.

• RENÉ SENENKO

1932 BAT HUGO EBERLEIN die schöne Charlotte Scholz zu sich, der Herzensbrecher hatte aber noch einen weiteren Gast: Lex Ende. Und der gefiel ihr entschieden besser.

Nach der Verhaftung ihres Vaters und ihrer Schwester unter Polizeiaufsicht gestellt, schafft sie es noch 1933 ins Exil: per Ruderboot über den Bodensee, nach Schaffhausen, Basel, Paris, wo sie Lex Ende (1899–1951) wieder trifft. Er sagte oft, sie hätten ein „zerrupftes Privatleben“ – nur wenig Zeit konnten sie gemeinsam verbringen – und: „Du begreifst die Dinge im Fluge.“ Das bezog sich sowohl auf die Dinge im weitesten

## Charlotte Janka ist 90 geworden

Sinne als auch auf die Sprachen, welche die überaus begabte Charlotte buchstäblich im Fluge erlernt: Englisch, Französisch, Spanisch.

1940 wird sie verhaftet. Die Bemühungen ihrer Freunde, ihr ein Visum nach Mexiko zu verschaffen, haben Erfolg. Einen Freigang, den sie zur Abholung des Visums gewährt bekommt, nutzt sie, um in Marseille unterzutauchen. Hier arbeitet sie bei der aktiven Fluchthilfe, bringt den Genossen Geld und Lebensmittelkarten, besorgt Quartiere. So auch dem Walter Janka, der 1941 wie sie in Mexiko ankommt.

In Mexiko beteiligten sich beide an der Gründung der Bewegung „Freies Deutschland“ und des Verlages „El Libro Libre“, dessen Leiter dann Janka wird. Das Geld zum Lebensunterhalt aber muss Charlotte verdienen; sie arbeitet als Einkäuferin und Werbechefin in einem französischen Pharma-Unternehmen.

1947 kehrten Janka und Scholz nach Berlin zurück. Sie heirateten im gleichen Jahr, ihre Kinder André und Yvonne werden 1948 und 1950 geboren.

Doch dann, am 6. Dezember 1956, wird Walter Janka verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Janka erkrankt so schwer, dass Charlotte ihm ihre eigene lebensgefährliche Krankheit verschweigt. Es sind schwerste Zeiten durchzustehen, in denen Erika und Katia Mann, Halldór Laxness, Lion Feuchtwanger und Hermann Hesse ihr beistehen. Im Dezember 1960 wird Walter Janka aus Bautzen entlassen.

Nach seiner Rehabilitierung bis zu seinem Tode am 17. März 1994 erlebt Charlotte noch vielfältige Freuden: Ulrich Mühes Lesung im Deutschen Theater, Empfänge, Auszeichnungen, Reisen (Mexiko!).

Charlotte Janka wohnt heute in Kleinmachnow. Am 20. März feierte sie ihren 90. Geburtstag.

• CHRISTA HERBER

## Israelische Rechtsanwältin las in Leipzig

**LN.** „Die Autorin Felicia Langer hält in ihren Büchern nicht eine Schreibweise, oder wie die Fachwissenschaft heute sagt, eine Textart durch: Erlebnisbericht und erinnernde Reflexion, Fakten und Daten bietende Dokumentation und wissenschaftliche Darstellung wechseln mit Presse-Zitaten oder Briefbelegen, mit juristischer, völkerrechtlicher Beweisführung oder Protestmanifestation. Ihre subjektiv-authentische Zeugnenschaft und ihre analytisch-differenzierende Sachkunde – Kriterien ihres streitbaren Engagements in Diskussionen – sollen auch in ihrem publizistischen Kampf erhalten bleiben“, betonte Dr. Christel Hartinger in ihrer Einleitung bei der Buchvorstellung des neuesten Titels der Alternativen Friedensnobelpreisträgerin „BRANDHERD NAHOST oder Die geduldete Heuchelei“, der gerade zu dieser Lesung auf der Leipziger Buchmesse im Lamuv Verlag Göttingen herausgekommen war. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig e.V. und das Arabisch-Deutsche Kulturhaus Delitzsch trugen mit dem Bund der Antifaschisten Leipzig, dem Friedenszentrum, dem Komitee für Gerechtigkeit und der AG LISA diese Veranstaltung.

### Es geht nicht gegen die Juden

Für die aktuelle Diskussion in Deutschland zur Politik Israels gegenüber den Palästinensern gibt Felicia Langer wesentliche Anregungen, besonders in der Frage, ob man Antisemit ist, wenn man die völkerrechtswidrige Politik der Sharon-Regierung kritisiert. „Nein“, sagt sie, „weil es sich nicht gegen die Juden richtet, sondern gegen die Träger der Politik.“ Und: „Wir, die Opfer von gestern, haben kein Recht, andere ungestört zu unterdrücken.“

RENATE UND GUSTAV PEINEL,  
LEIPZIG



Felicia Langer (Mitte) bei ihrer Lesung auf der Leipziger Buchmesse

Foto: Märker

**E**s war uns Mitgliedern des Vereins Arabisch-Deutsches Kulturhaus eine große Freude, die engagierte Menschenrechtsanwältin Felicia Langer im Rahmen der Leipziger Buchmesse zu einer Lesung begrüßen zu dürfen. Frau Langer ist vor allem unseren palästinensischen Freunden seit Jahrzehnten als mutige, unermüdlige Fürsprecherin vertraut, die sich sachkundig und mit viel persönlichem Einsatz um die Verteidigung politisch Inhaftierter bemüht hat. Sie repräsentiert für uns die leider viel zu kleine Gruppe von Friedensaktivisten, die auf israelischer Seite um eine gerechte und für alle Bewohner Palästinas akzeptable Lösung kämpft.

Aus eigener Erfahrung kennt sie all die menschlichen und wirtschaftlichen Probleme, die allein durch die Be-

satzungspolitik Israels verursacht sind und die letztlich dazu führen, dass sich das palästinensische Volk mit allen verfügbaren Mitteln wehren muss. Dennoch wird sie nie müde, Gerechtigkeit anzumahnen und als Stachel im Fleisch des Systems zu wirken. Auch mit der jetzigen Lesung machte sie ihren Zuhörern bewusst, dass ein dauerhafter Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nur dann entstehen kann, wenn die völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen geräumt und zwei unabhängige Staaten geschaffen werden. Die Diskussion nach Felicia Langers Vortrag zeigte das große Interesse des Publikums an diesem Konflikt und unterstrich erneut die einseitige Informationspolitik der deutschen Medien.

ARABISCH-DEUTSCHES KULTUR  
HAUS DELITZSCH, DER VORSTAND

## KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

### Paul und Elvira Eisenschneider

Der Lehrersohn Paul Eisenschneider – am 5. Mai 1901 in Fischbach (Nahe) geboren – hatte, ehe er 1922 Mitglied der KPD wurde, am Kieler Matrosenaufstand und an den Kämpfen gegen die Kapp-Putschisten teilgenommen. Als junger Mann fuhr er zur See und erlernte danach den Beruf eines Edelsteinschleifers. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde er auf die schwarzen Listen der Unternehmer gesetzt, wodurch seine Familie in eine schwierige soziale Situation geriet. Er besuchte die Reichspartei-schule der KPD „Rosa Luxemburg“ in Fichtenau bei Berlin, wurde 1931 Mitglied der Bezirksleitung Rhein-Saar und 1932 Landtagsabgeordneter. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur übernahm er die Aufgabe, antifaschistische Literatur illegal aus dem Saarland ins Rheinland zu bringen.

Von seiner Partei zum Besuch der Lenin-Schule der Kommunistischen Internationale in Moskau delegiert, kehrte er über Holland nach Deutschland zurück, wo er von Essen aus als Beauftragter des ZK der KPD für die Widerstandsarbeit im Ruhrgebiet tätig war. Im November 1936 wurde Paul Eisenschneider in Bochum verhaftet und im Mai 1937 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Am 19. April wurde er im Zementstollen des KZ Mauthausen ermordet.

Fast zur gleichen Zeit geriet seine am 22. April 1921 geborene Tochter Elvira in die Hände der Gestapo. Sie war gemeinsam mit ihrer von den Faschisten aufs schwerste misshandelten Mutter in die Sowjetunion emigriert, wo sie ein Studium begonnen hatte. Im Sommer 1943 war sie im Einsatz gegen die faschistische Wehrmacht mit dem Fallschirm hinter der Front abgesprungen und hatte die Widerstandsarbeit aufgenommen. Im Frühjahr 1944 wurde sie jedoch entdeckt und verhaftet. Was ihr danach an Grausamkeiten widerfuhr, blieb unbekannt – sie galt als verschollen.

Kurz vor ihrem Einsatz in Deutschland hatte sie an ihre Mutter voller Hoffnung auf das Leben nach dem Sieg über den Faschismus geschrieben: „... ich freue mich herzlich, dass Du noch immer mein tapferes Muttelchen bist. Bleibe nur weiter fest. Nach dem Krieg wird alles wieder gut, und ich muß doch auch mit-helfen, das Ende zu beschleunigen.“ • **KURT SCHNEIDER**

## Geschichtsbewusste Graal-Müritzer

Am Vorabend des Internationalen Frauentages folgten im Ostseebad Graal-Müritz mehr als 60 Menschen einer Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem „Spaziergang zu Rosa“ – zu einem Ort des Gedenkens an die überragende Internationalistin, der erst nach der „Wende“ entstanden war. Im Jahre 1993 wurde in Graal-Müritz die „Rosa-Luxemburg-Straße“ in „Zur Seebrücke“ rückbenannt, um damit zur besseren Orientierung im Ort beizutragen. Zugleich beschloss die Gemeindevertretung, den Namen Rosa Luxemburg nicht einfach zu streichen, sondern ihn vielmehr als ein bleibendes öffentliches Andenken zu erhalten. Der Bildhauer Axel Peters erhielt den Auftrag, eine Rosa-Luxemburg-Büste zu schaffen, wofür Gelder gesammelt und Sponsoren gefunden wurden. Peters, 1989/90 im Neuen Forum aktiv und ab

1994 Landrat in Bad Doberan, hatte zu diesem ihm erteilten Auftrag eine besondere Beziehung, hatte doch seine Großmutter einst für Rosa Luxemburg gearbeitet.

Am 15. Januar 1998, dem 80. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs, fand die feierliche Einweihung der aus weißem italienischen Marmor gefertigten Büste an einem kleinen Hain an der Straße „Zur Seebrücke“ statt. Auf einer daneben aufgestellten Tafel wird die Entstehungsgeschichte der Stele, die zur Erinnerung an die undogmatische Kommunistin errichtet wurde, dokumentiert. Jährlich können sich Tausende Urlauber davon überzeugen, wie in Graal-Müritz an das bleibende Verdienst Rosa Luxemburgs mit Verstand und Herz erinnert wird.

Dieses humanistische, geschichtsbewusste Handeln der Graal-Müritzer Volksvertreter



Foto: Fiedler

löst einmal mehr die Frage aus: Wäre es nicht an der Zeit, in Leipzig endlich darüber nachzudenken, wie für Georgi Dimitroff, dem hier in der Nachwendzeit schweres Unrecht widerfuhr, ein bleibendes öffentliches Andenken auf dem Platz errichtet werden sollte,

der zu Recht über Jahrzehnte hinweg seinen Namen trug? Er, der einst in aller Welt wegen seines überzeugenden Sieges über die faschistische Anklage der Held von Leipzig genannt wurde, sollte endlich eine angemessene Ehrung erfahren.

• **KURT SCHNEIDER**

In einem Handels- und Verkehrsabkommen formulieren China und Indien am 29. April 1954 Prinzipien des internationalen Zusammenlebens, die Geschichte machen sollten: die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“. Zwei Monate danach werden sie von den Premiers Zhou Enlai und Nehru bestätigt, und das Jahr darauf finden sie in erweiterter Form Eingang in die Erklärung der afro-

Vor 50 Jahren

### „Fünf Prinzipien“

asiatischen Konferenz von Bandung, deren Teilnehmer sich für die Souveränität der Völker, gegen Kolonialismus und für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aussprechen. Damit wird das von Lenin aufgestellte Postulat der

friedlichen Koexistenz zum Leitmotiv progressiver Weltpolitik der folgenden Jahrzehnte. Die Kämpfe um ihre Durchsetzung in der politischen Realität waren sehr wechselhaft, haben aber viele Jahre zur Stabilisierung der Weltsituation beigetragen. Auch nach der Niederlage des Sozialismus und der Errichtung neuer Kräftekonstellationen in der Welt sind sie mehr als eine historische Reminiszenz.

Nach wie vor bestehen heute Staaten unterschiedlicher sozialer und politischer Systeme, und immer wieder werden sich einzelne Länder der globalen Herrschaft der kapitalistischen Hauptmächte zu entziehen versuchen. Ihre Rechte gilt es zu wahren. Das ist zwar ungleich schwerer als noch vor wenigen Jahrzehnten, aber letztlich unverzichtbarer Teil des Kampfes um eine andere Welt.

• **G. L.**

## Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (27)

In Connewitz gibt es seit 1907 eine **Prinz-Eugen-Straße** und jedem dürfte klar sein, dass sie dem Türkenbezwinger gewidmet ist, der im bekannten Lied als „edler Ritter“ bezeichnet wird. Und hier irrt „jeder“, denn diese Straße erhielt ihren Namen nach Eugen Friedrich Karl Paul Ludwig Herzog von Württemberg (1788–1857), genannt Prinz Eugen von Württemberg. Dieser als Jewgeni Wjurttembergski in russischen Diensten stehende General befehligte während der Völkerschlacht ein russisch-deutsches Korps und war mit diesem an den verlustreichen Kämpfen um Wachau und Connewitz beteiligt. Solche verfänglichen Straßennamen gibt es in Leipzig eine ganze Reihe.

Wer denkt bei der **Platostraße** im Zentrum-Südost nicht sofort an den großen alten Griechen? Und hier liegt wieder ein Irrtum vor, denn die Straße wurde 1875 dem ersten Direktor der Ratsfreischule, dem Theologen und Philosophen Karl Gottlieb Plato (1757–1833), gewidmet. Ihm und seinem Nachfolger Dolz wurde in Leipzig auch ein Denk-

mal errichtet. Folgt der **Arminiushof** in Marienbrunn. Bei ihm denkt man natürlich an Hermann den Cherusker, den Sieger in der Schlacht gegen die Römer im Jahr 9 im Teutoburger Wald, der auch als Armin oder (latinisiert) Arminius in die Geschichte einging.

### Prinz-Eugen-Straße und andere Irrtümer

Doch mit dem 1931 verliehenen Namen soll Gräfin Adelheid von Dohna-Schlodin, verheiratete Poninska (1804–1881), geehrt werden. In einer Zeit, da Frauen Derartiges noch nicht „zustand“, veröffentlichte sie 1874 unter dem Pseudonym „Arminius“ das erste städtebauliche Handbuch in Deutschland. An sie erinnert auch der Dohnaweg in Marienbrunn. In diese Reihe gehört auch die **Calaustraße** in Schleußig. Sie ehrt nicht etwa das Städtchen Calau oder die Calauer, jene Uraltwitze, sondern seit 1922 den Maler und Grafiker Benjamin Calau (1724–1785), der von 1752 bis 1771 in Leipzig ansässig war und der hiesigen Malerinnung angehörte.

Und der **Büttnerweg** in Knauthain? Seinen Namen bringt man natürlich mit dem alten Handwerk der Büttner in Verbindung. Er aber wurde 1938 nach dem Führer der fränkischen Bauern im Bauernkrieg 1524/25 benannt.

Die **Alexanderstraße** im Zen-

Zentrum West erinnert keineswegs an den Dichter Gerhart Hauptmann, sondern an den Komponisten und Thomaskantor Moritz Hauptmann (1792–1868), Mitbegründer der Bach-Gesellschaft und Mitherausgeber der Bach-Gesamtausgabe. Zu Irrtümern verführen auch die

trum-West erinnert auch nicht an einen der Zaren dieses Namens, sondern wurde 1848 nach Carl Alexander Reichel (1826–1892) benannt. Die Kaufmannsfamilie Reichel, die 1787 Apels Garten erwarb und nach der dann dieser Garten „Reichels Garten“ hieß, verschaffte sich mit ihrem Geld eine ganze Reihe von Straßennamen. So wurde 1905 die Reichelstraße nach Erdmann Traugott Reichel benannt, nach seiner Tochter der Dorotheenplatz (Zentrum von Reichels Garten), nach seinem Sohn Moritz 1840 die Moritzstraße (seit 1985 Manetstraße) und schließlich nach dem Enkel Alexander unsere Alexanderstraße.

Auch die **Hauptmannstraße** im

**Ölhafenstraße** in Wahren und die **Weinbrennerstraße** in Selberhausen. Beide sind Personen gewidmet. Die erste der Ratsherrenfamilie Ölhafen von Schellenbach, deren Angehörige vielfach als Stifter auftraten, und die zweite dem Architekten Johann Jakob Friedrich Weinbrenner, der bereits 1814 den ersten Entwurf für ein Völkerschlachtdenkmal schuf und 1817 das Alte Theater umbaute. Blicke noch zu nennen der **Täubchenweg**, der seinen Namen nach dem Gasthof „Zum Täubchen“ erhielt, und die **Nonnenstraße**, die nicht an fromme Schwestern, sondern an das Waldrevier „Die Nonne“ erinnern soll.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von **KLAUS HUHN**

Die Woche nach Ostern böte eigentlich glänzende Gelegenheit, dem Bundespräsidenten mal ein paar freundliche Worte zu widmen. Aber 1. wird er sowieso nicht wiedergewählt, 2. müsste man lange rätseln, welches Thema überhaupt in Frage käme, und 3. riskiert man, dass es gar keinen Leser interessiert. Dennoch: Man kommt nicht daran vorbei. Also: Man weiß nicht einmal, was „Bruder Johannes“ bewogen hatte, nach Oberhof zu reisen und sich dort einen Platz auf der VIP-Tribüne der Biathlon-WM reservieren zu lassen. (Nehmen wir mal zu seinem Gunsten an, er war noch nie in Oberhof und wollte noch einmal Ossi-Sympathie bekunden.) Nebenbei fragte er dort nach diesem und jenem und natürlich den Sorgen der Bürger. Was erfuhr er? Die Stasi sei im Untergrund noch immer aktiv und das Problem mit der Entschädigung für die DDR-Dopingopfer weiter ungelöst. Übereifrig ließ er in seinem Kalender einen freien Termin suchen und lud zu einer Runde ins Berliner Schloss Bellevue, auf der diese brennenden Probleme gelöst werden sollten. Auch in diesem Fall gilt: Er hätte es besser bleiben lassen sollen ... Die Querelen begannen schon, als die Liste der Einzuladenden geschrieben werden sollte. Natürlich hätte Chirurg

Zöllig aus Weinheim eingeladen werden sollen, der – niemand weiß Einzelheiten über seine Kompetenz in Fragen DDR-Doping – Präsident eines Doping-Opfer-Hilfe-Vereins ist. Aber den mochte die Wortführerin der Dopingopfer nicht. Ihr Name ist Birgit Boese, sie war als Jugendliche in der

sidenten ausgetragen werden.“ Würde er aber, denn Rau hatte sich in Oberhof in eine kreuzgefährliche Spur schicken lassen, die er nicht meistern konnte. Der Dopingstreit schwelt seit Jahren dahin. Obendrein hatte ihm irgendein Referent aufgeschrieben, er möge sagen: „Mir ist wichtig, dass

Sportkolumne  
**Pillen für Johannes Rau**

DDR Kugelstoßerin, kehrte dann aber dem Sport den Rücken und – so hörte man – scheiterte unlängst mit dem Versuch, einen Laden für Übergrößen zu betreiben. Sie hatte sich mit Zöllig überworfen, nachdem sie jemand auf die Idee gebracht hatte, den Jenaer Pillenproduzenten *Jenapharm* in den USA anzuklagen, in der DDR Dopingmittel produziert zu haben. *Jenapharm* gehört längst zum Branchenriesen Schering und Zöllig hielt das Projekt für absurd. Daraufhin verließ die Boese den Vereinsvorstand und überredete das Präsidialamt, dem Mediziner Zöllig keine Einladung zu schicken. Dafür kamen Frau Birthler und ihre Thüringer Statthalterin auf die Liste. Auch Sportfunktionäre waren dabei. DSB-Präsident Richthofen mochte sich im Schloss Bellevue nicht anschwärzen lassen, Stasivergangeheiten ignoriert zu haben, und diente den Journalisten mit gepfefferten Kommentaren, wie man sie von ihm gewöhnt ist. Die Atmosphäre erinnerte bald derart an Kneipenzoff, dass ein Sprecher Raus es für angeraten hielt, den Journalisten mitzuteilen: „Der Streit sollte nicht auf dem Rücken des Bundesprä-

nicht in Vergessenheit gerät, dass Menschen geschädigt worden sind – bis hin zur Verkürzung von Lebenszeit.“ Dieses Stichwort warf aber bei Eingeweihten nur die Frage auf, ob der Präsident aller Deutschen damit etwa an den nie aufgeklärten grausamen Tod der Mainzer Mehrkämpferin Birgit Dressel erinnern wollte, die am 10. April 1987 an den Folgen einer Dopingüberdosis gestorben war, wodurch die Lebenszeit der 26-Jährigen tatsächlich radikal verkürzt worden war. Zitat aus dem Ermittlungsbericht der Mainzer Staatsanwaltschaft: „Die im ‚höchsten Maße gesunde‘ (Sportarzt Klümper zur Kripo) war in Wahrheit eine chronisch kranke, mit Hunderten von Arzneimitteln vollgestopfte junge Frau. Der Sport hatte sie längst zum Krüppel gemacht.“ Nein, zu diesem Fall hatte sich Rau natürlich nicht äußern wollen. Vermutlich hatte er von dem qualvollen Tod der Dressel und den vielen anderen Opfern des altbundesdeutschen Dopings nichts gewusst – oder auch nichts wissen wollen? Deshalb war auch wirklich nicht zu empfehlen, ihm nach Ostern hier ein paar freundliche Zeilen zu widmen.

# TELESKOP

## Zumutungen

Bei den Privaten in der zweiten und dritten Reihe laufen so genannte Doku-Soaps, von denen die Programmdirektoren meinen: „Das wollen die Menschen unbedingt sehen!“ Denn Doku-Soaps zeigen das angeblich wahre Leben. Und so werden wir Zeuge eines mehrfachen „Frauentausches“ und gehen gleich zweimal die Woche bei RTL II mit der Polizei auf Streife, um den „Ärger im Revier“ mit zu erleben. Wir erfahren, wie Dicke ihre Diät machen und wöchentlich gegen die Pfunde kämpfen. Wir können Putzfrauen zusehen, die total verdreckte Wohnungen aufräumen, und erleben eine Heimwerker-Eingreiftruppe, die gescheiterten Mochteger-Selbermachern hilfreich unter die Arme greift. Ab und an dürfen wir auch dabei sein, wenn uns zwei Kontrolleurinnen des Kölner Sozialamtes das Elend verarmter Familien vorführen. Dabei wird jedem einigermaßen besser Gestellten schnell klar, dass es sich bei den Vorgeführten um Sozialschmarotzer handelt. Eingeschnittene entsprechende Kommentare der Kontrolleurinnen, teilweise unterhalb der Gürtellinie, verstärken diesen Eindruck. Dagegen sind die Soaps über geprellte Häuslebauer regelrecht harmlos. Denn diese sind die die tatsächlichen armen Schweine in den Augen der TV-Macher. Hier dürfen die Zuschauer vor der Glotze mithaulen. Doch egal ob erfundene oder dokumentierte Seifenopern – es gibt auch noch die Real-Live-Soap unter dem Namen „Big Brother“. Die stellt alles in den Schatten und soll uns ein ganzes Jahr lang begleiten. Arme und Normalos gegen die Reichen und umgekehrt. Klassenkampf im Fernsehen – nee! Da ist uns die wer weiß wievielte Wiederholung eines alten Schinkens aus den TV-Archiven doch lieber. Wer auch das nicht mag, der hat auf seiner Fernbedienung einen roten Knopf und vielleicht ein gutes Buch im Regal, das er noch nicht gelesen hat. Fürs tatsächliche Leben bringt das ohne Werbeunterbrechung vielleicht mehr. • HANS-JÜRGEN BERG

2	7	4	7	12	1	6	1	17	7	2	18	9	3	21	7	2
1	7	19	16	13	7	3	7	2	1	6	4	7	7	1		
22	8	1	4	19	1	8	7	6	1	16	5	15	7	2	5	6
4	5	8	1	19	5	11	14	22	9	4	1	1	2	1		
12	4	5	2	7	8	11	7	6	3	11	6					
8	7	5	22	1	2	12	1	1	8	1	7	17	1	7	9	4
1	6	11	7	2	7	9	4	19	7	7	2	7	2	15	4	7
10	7	4	3	7	6	3	7	3	9	8	8	7	2	3		
11	16	2	4	17	17	7	2	3	7	20	8	5	19	7		
11	1	16	7	1	2	9	7	8	5	15	9	16				
2	16	21	2	8	1	16	11	15	1	6	7	8	14	7		
8	1	3	18	4	10	21	1	7	2	7	11	6	7	14		
8	7	23	23	5	10	21	7	19	16	6	17	5	9	8	8	
1	8	1	6	7	21	5	14	9	4	7	21	1	6	5	9	
17	7	9	10	21	7	7	2	8	1	16	8	7	6	17		
7	9	19	11	7	2	7	9	7	8	4	3	7	2	6	1	

## BEIM NATURSCHUTZ

stehen alljährlich in unseren Breiten bestimmte bedrohte Pflanzen und Tiere im Mittelpunkt. Bei richtiger Lösung des Zahlenrätsels nennen die Lösungswörter das Wildtier und den Vogel des Jahres 2004:

4	9	7	15	7	6	4	10	21	8	1	7	14	7	2
18	1	16	6	11	5	7	6	9	17					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A	R	T									
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	

Auflösung des Rätsels 6'04:  
**waagrecht:** 1. Takelage 4. Manipulation 7. Melodie 9. Military 11. Liter 12. Lehar 14. Flora 15. Malerei 17. Koma 19. Moder 20. Rintala 21. Tetrode 22. Mannequin 24. Seni 25. Hellebarde 27. Gagarin 29. Intrada 31. Kabale 35. Milano 38. Manege 40. Kavala 42. Karabiner 44. Frevel 45. Rokoko 47. Halali 48. Misere 49. Flaute 50. Erbe 51. Bernina 53. Tegel 54. Tenor 57. Elde 59. Menagerie 62. Gedanke 63. Arbeiterveteran 64. Magdeburger – **senkrecht:** 1. Tabelle 2. Lago 3. Dali 4. Mary 5. Pupille 6. Tiber 7. Meter 8. Diele 9. Mirabelle 10. Tamarinde 11. Lima 13. Harmonika 15. Malaga 16. Reiterin 17. Kodein 18. Panne 22. Mandala 23. Quintett 25. Hellene 26. Barren 28. Gage 30. Tramminer 32. Bamako 33. Diva 34. Nora 36. Nofretete 37. Karo 39. Gehabe 40. Kaliber 41. Lamina 42. Karenina 43. Bijouterie 46. Koran 50. Erde 52. Ninive 55. Norweger 56. Zweige 57. Elke 58. Salbei 59. Meran 60. Geher 61. Seide  
**Der Diener zweier Herren**

### Politik und Moral

Am 24. März jährte sich der NATO-Überfall auf Jugoslawien mit aktiver deutscher Beteiligung zum fünften Mal, und am 20. März vor einem Jahr begann die völkerrechtswidrige Aggression der USA und ihrer Hilfswilligen gegen den Irak. Diese beiden Jahrestage sind Anlass genug, um über einige Zusammenhänge nachzudenken, ehe sie von der täglichen Medienlawine restlos entstellt oder total zugeschüttet werden. Wer bereit war, die Realitäten zu akzeptieren, weiß, dass beide Kriege durch Lügen initiiert wurden.

Frau Merkel – als Kanzerlerkandidatin gehandelt – hatte ja unwiderlegbare Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen. Armes Deutschland 2006! Auf der Leipziger Buchmesse schien sie aber Kreide gegessen zu haben. Politisch relevante Aussagen nach Beliebigkeit? So furchtbar die Attentate des globalen Terrorismus sind und nach Bestrafung der Täter verlangen, so pervers ist die politische Instrumentalisierung der Terroropfer. Wurden die Opfer des 11. September für die Kriege gegen Afghanistan und Irak missbraucht, so nutzte Spaniens Ministerpräsident Aznar die Attentate in Madrid, um ein fragwürdig gewordenes Regierungskonzept für eine weitere Wahlperiode zu legitimieren. Das ist eine nachträgliche Verhöhnung der Opfer. Moral und Politik fallen eben selten zusammen. **HARRY PURCHE, LEIPZIG**

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

## Wenn das die Volkspolizei gemacht hätte ...



**GUDRUN CHRISTIAN aus Großhansdorf wandte sich mit einem Protestschreiben an die Leitung der Leipziger Buchmesse, an Oberbürgermeister Tiefensee, an das Kulturamt der Stadt sowie über Medien an die Öffentlichkeit. Wir zitieren gern aus diesem couragierten Brief. Es müssten viel mehr dieser Art geschrieben werden:**

Seit einigen Jahren fahren wir zur Buch- und zur Lachmesse nach Leipzig und haben es nie bereuen müssen. Die Buchmesse begeistert uns mit ihrer Vielzahl von Veranstaltungen und Möglichkeiten des Austausches auch mit Autoren und Verlegern.

Es stellt sich uns jedoch auch immer wieder die Frage: Was hat die Bundeswehr auf einer Buchmesse zu suchen? Nach allen bösen Erfahrungen meines Lebens muss ich eine militärische Erziehung von Jugendlichen und Kindern ablehnen. Deshalb haben wir uns dem Protestzug der Verleger und Autoren angeschlossen. Und wir mussten erleben, dass der Sprecher der kleinen Kundgebung, der ja

für uns alle sprach, zuerst massiv am Sprechen gehindert werden sollte, indem man ihm das Megaphon entreißen wollte. Als dies nicht gelang, wurde er ohne Vorwarnung misshandelt, gefesselt und weggetragen.

So erschüttert bin ich lange nicht gewesen. Wenn das die Volkspolizei der DDR gemacht hätte, wär in der Presse der Bundesrepublik der Teufel losgewesen.

Von den Teilnehmern der Kundgebung ging keine Gewalt aus. Nur Worte waren die Waffen. Aber das aggressive Eingreifen der Polizei erzeugte eine angespannte Stimmung bei uns friedlichen Besuchern. Und mir fielen die Montagsdemonstrationen von Leipzig ein. „Keine Gewalt“ war das Motto der Teilnehmer. Sogar die Polizei hat sich daran gehalten.

Will sich Leipzig mit dieser Grundeinstellung um die olympischen Spiele bewerben? Hat man in Leipzig nicht die Courage, der Bundeswehr den Stand zu verweigern, so wie es die Organisatoren der Frankfurter Buchmesse getan haben?

## Auch ich wurde zu Boden geworfen

Nachdem die Buchmesse bereits bei ihrer Eröffnung durch die künftige lettische EU-Kommissarin mit der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus (das sächsische Gedenkstättengesetz lässt grüßen!) einen negativen Beigeschmack erhielt, kam es am 27. März zu einem erneuten Eklat, der allerdings von den Medien kaum erwähnt wurde.

Die Tageszeitung *junge Welt* hatte an ihrem Stand die Messebesucher aufgefordert, mit einer Unterschriftenaktion gegen die Anwesenheit der Bundeswehr auf der Messe zu protestieren. Wie ich feststellen konnte, war die Resonanz groß. Gegen 13 Uhr begab sich dann ein immer länger werdender Zug mit Transparenten und Protestrufen zum Stand der Bundeswehr in Halle 2. Übrigens einer der größten, obwohl hier kein einziges Buch ausgestellt wurde. Lautstark forderten die Demonstranten den sofortigen Rückzug der Bundeswehr von der Messe.

Nach „rechtsstaatlicher Manier“ wurde die Polizei auf den Plan gerufen. Die ging mit körperlicher Gewalt gegen die Demonstranten vor (auch ich wurde zu Boden geworfen!) und nahm den Sprecher der protestierenden Messebesucher fest.

Ein Lehrbeispiel, wie eine Messe, die sich zum Ziel setzt, mit Hilfe des gedruckten Wortes für Humanität, Völkerverständnis und Frieden einzutreten, von Militärs missbraucht wird. Bezeichnenderweise plädiert die Messeleitung für den weiteren Verbleib der Bundeswehr auf der Buchmesse. Eigentlich nichts Ungewöhnliches für ein System, das nicht müde wird, das Schlagwort von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ immer wieder herunterzuleiern. Ich schlage deshalb vor, dass die Bundeswehr im nächsten Jahr ihren Stand am Hindukusch aufbaut, statt dort mit Waffen präsent zu sein. Es wäre ein guter Beitrag zum Weltfrieden.

G. FLEISCHHAMMER,  
LEIPZIG

## Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ  
860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines  
**GESCHENK** für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

## Bestellschein

### LIEFERANSCHRIFT:

.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
evtl. Telefon

### RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  
 **Geschenkabonnement** ist  
.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

.....  
Geldinstitut  
.....  
BLZ  
.....  
Kontonummer  
.....  
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

.....  
2. Unterschrift des Auftraggebers

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**

Die IV. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 16./17. April findet nicht, wie irrtümlich in LN 7/04 angekündigt, in Leipzig, sondern in Dresden statt

**Montag, 19. April, 17 Uhr, Chemnitz**  
Vortrag und Diskussion: *Rosa Luxemburg und die Künste*. Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig)  
Soziokulturelles Zentrum QUEER BEET, Rosenplatz 4

**Mittwoch, 21. April, 19 Uhr, Leipzig**  
*UnternehmerInnenstammtisch*. Moderation Dr. Christel Neuhaus.  
Ratskeller zu Leipzig, Lotterstr. 1

**Mittwoch, 21. April, 19 Uhr, Dresden**  
*Gerechte und zukunftsfähige Hochschulpolitik. Diskussion über Alternativen zu Studiengebühren, wettbewerbsorientierter Forschungsförderung und Eliteuniversitäten*. Mit Benjamin Hoff, MDA (Sprecher der PDS-Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung; Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik der PDS)  
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Mittwoch, 21. April, 19 Uhr, Leipzig**  
GlobeLE 2004: *Argentinien – eine Fabrik unter Arbeiterkontrolle*. Film, Einführung und Diskussion mit Dr. Peter Hamann (Leipzig), gemeinsam mit Attac Leipzig  
naTo, Karl-Liebknecht-Str. 46

**23.–24. April**  
*Workshop „Arbeitszeitverkürzung – Ansätze, Probleme, Perspektiven“*. Zweitägiges Seminar \*\*\*  
Gut Frohburg, Landhotel bei Meißen, Schönnewitz 9. Begrenzte Teilnehmerzahl (20) auf gesonderte Einladung

**Sonnabend, 24. April**  
*Mitgliederversammlung*

**Dienstag, 27. April, 18 Uhr, Leipzig**  
*Zur marxistischen Auffassung vom Menschen*. Mit Prof. Dr. Horst Pickert (Leipzig)  
Harkortstr. 10

**Mittwoch, 28. April, 18.30 Uhr, Leipzig**  
*Sportstadt Leipzig*. Diskussion mit Klaus Köste (Jesewitz) \*\*\*  
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

**Mittwoch, 28. April, 18 Uhr, Leipzig**  
*PISA und die Schieflage der Bildungspolitik in Sachsen*. Mit Dr. André Hahn, MdL, bildungspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL  
Harkortstr. 10

**Donnerstag, 29. April, 17.30 Uhr, Leipzig**  
*Gesellschaftlicher Wandel und Sprachenentwicklung in Bulgarien seit Anfang des 20. Jahrhunderts*. Mit Prof. Dr. Hilmar Walter (Leipzig), gemeinsam mit der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft  
Harkortstr. 10

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Polnische Ostsee, deutsche Hotelpension** 22,00 € ÜF  
Tel: 004891-3811172; www.hs.ta.pl

**Unserer lieben Genossin**

**Gertraude Brüstel**  
*herzliche Glückwünsche zu ihrem*

**70. Geburtstag**  
am 24. April.

Alles Gute und noch viele gemeinsame Jahre!

PDS-Ortsverband  
Leipzig-West (Grünau)

**Unserer Genossin**

**Prof. Dr. Grete Bach**  
*zu ihrem Jubiläum*  
am 27. April

*herzliche Grüße und alle guten Wünsche*

PDS-Ortsverband  
Gohlis-Nord

**Sprechzeit der GBM zu Rentenfragen**  
jeden **1. Montag** im Monat  
von **9 bis 11 Uhr** im Liebkecht-Haus,  
Leipzig, Braustr. 15

**ISOR e. V.**

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

**DKP Leipzig**

Öffentliche Mitgliederversammlung am  
**19. 4., 18 Uhr**, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.

Thema: *Die Kommunal-, Landtags- und EU-Wahlen 2004. Resümee des bisherigen und Aufgaben des weiteren Kampfes der Deutschen Kommunistischen Partei.*

Referentin: Brigitte Müller, Vorsitzende der DKP-Landesorganisation Brandenburg und Kandidatin für das EU-Parlament

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**20. und 21. 4., 10 Uhr**, Haus Steinstraße: *Spoonface Steinberg* – ab 15 Jahre

Der Ortsverband Gohlis-Nord lädt ein zum

**Öffentlichen Forum**

am Donnerstag, **22. April, 19 Uhr**,

im Klub der Volkssolidarität, Breitenfelder Str. 72

Thema: *Renten – Gesundheit – Soziales. Was bringen die neuen Sozialgesetze der Kommune und den Bürgern?*

Kompetente Diskussionspartner sind:

- Burkhard Jung (SPD), Sozialdezernent der Stadt Leipzig
- Margitta Hollick (PDS), Stadträtin in Leipzig

**Für Sammler neu zusammengestellt**

• 240 Seiten für Sammler neu zusammengestellt: Beiträge aus dem Feuilleton von LEIPZIGS NEUE zu Jubiläen und Gedenktagen, zu Autoren und Büchern sowie zu Höhepunkten und Entwicklungen im Leipziger Kulturleben – ergänzt durch ein Register aller in den Texten genannten Personen.

- Bei uns 2 Euro preiswerter:

Leser von LEIPZIGS NEUE können diese interessante Publikation zum Vorzugspreis von 11, 50 Euro plus 2,30 Euro Versandkosten erhalten. Bestellungen richten Sie bitte an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Telefonische Bestellungen unter 0341 – 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de

- Auf Wunsch signieren Ihnen Top-Autoren dieses Büchlein



Mit großer Betroffenheit und tiefer Trauer haben wir vom Ableben unseres Genossen

**Werner Röder**

geb. 12. 9. 1921

gest. 21. 3. 2004

Kenntnis genommen.

Genosse Röder zählte zu den aktivsten Mitgliedern unserer BO, der sich durch seine konsequente Haltung, durch seinen Sachverstand und seine unerschütterliche Treue zu den sozialistischen Idealen hohe Achtung und Anerkennung erwarb. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Genossinnen und Genossen der PDS - BO 107

Mit tiefer Betroffenheit mussten wir die traurige Nachricht zur Kenntnis nehmen, dass

**Genossin Inge Czaja**

im Alter von **74 Jahren** plötzlich verstorben ist.

Wir können es noch nicht fassen, dass unsere Genossin Inge nicht mehr unter uns sein wird. Sie leistete viele Jahre aktive gesellschaftliche Arbeit, besonders in unserer AG Senioren beim PDS-Stadtverband Leipzig und der AG Senioren beim PDS-Landesverband Sachsen sowie auch in ihrem Wohngebiet und wurde allseits geachtet und geschätzt. Ihr engagiertes Wirken galt bis zuletzt einer gesellschaftlichen Entwicklung in Frieden und sozialer Gerechtigkeit.

Dafür danken wir Genossin Inge und werden ihr immer ein ehrendes Andenken bewahren.

PDS-Stadtvorstand Leipzig

AG Senioren

Wir nehmen Abschied von unserer lieben Genossin

**Waltraut Seidler**

geb. 1. 8. 1924

gest. 5. 3. 2004

nach arbeitsreichem parteiativem Leben.

Deine BO-Wohngebietszentren Leipzig-Grünau

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**

Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruher Straße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

**Louise-Otto-Peters-Gesellschaft**

Zur gemeinsamen Tagung  
*„George Sand und Louise Otto-Peters. Wegbereiterinnen der Frauenemanzipation“*  
am **23. und 24. April 2004** im Leipziger *Institut Francais*, Lumumbastraße 11 - 13, laden die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft und die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Leipzig ein. Beginn jeweils **9 Uhr**.

Am **Freitag, 23. April, ab 19.30 Uhr** Lesung aus Publizistik und Briefen der beiden Frauen.

Teilnehmergebühr: 20 Euro.

Unsere Genossin

**Inge Czaja**

geb. 17. 12. 1930

ist am 30. 4. 2004 plötzlich verstorben. Sie fehlt uns sehr

PDS-Basisgruppe  
Messemagistrale

**SZM**

Stadtteilzentrum Messemagistrale  
Straße des 18. Oktober 10a

**Mittwoch, 21. April, 18 Uhr**  
Bildungsabend: „Osterweiterung der EU – Folgen aus wirtschaftlicher Sicht“.  
Zu Gast: MdL Heiko Kosel

Helmut Bräuer

# Zusammenwachsen in Gefahr!



Jüngsthin hat ..., nein, anders: Ich bin in Schwierigkeiten ... Kann man wohl auch nicht so schreiben – jedenfalls ist es immer schwierig, den rechten Anfang zu finden, wenn über rund acht Millionen Diebe zu berichten ist. Acht! Vor allem muss man an die Gerichte denken. Die dortigen Damen und Herren, schon jetzt mit Blaulicht-Affären überlastet ... Also, wo sollen sie die kostbare Zeit finden, acht Millionen Diebe zu versorgen. Gut, Sammelklage und Sammelprozess – das ginge vielleicht.

Aber besser, ich beginne ganz von vorn. Zuerst die Titelzeile: *Herr Philipp von W. und die Löffel*. Klingt aufregend, versammelt Spannung. Sollte in großen Buchstaben gedruckt werden. HERR PHILIPP VON W. UND DIE LÖFFEL. Noch fließt kein Blut aus der Zeitung, wenn man sie anschrägt („anschrägen“ ist gewissermaßen literarische Sprache



und meint das Schrägstellen eines Blattes zum Abfließen von Flüssigkeiten aus der printmedialen Schilderung von stattgehabten Vorgängen).

Also, jüngsthin meldete ein Blatt der Stadt L. den bevorstehenden Verkauf der MITROPA an eine englische Firma. Das muss niemanden aufregen, denn in einer Gesellschaft, in der alles käuflich ist, kann man eben auch die MITROPA kaufen und verkaufen. Wenn mir eine solche Idee wenige Tage früher gekommen wäre, hätte ich ohnehin schon ein Angebot gemacht, aber die

besten Sachen fallen einem erst dann ein, wenn sie andere bereits vollzogen haben. Gekauft eben. Falls sie rasch genug einen benennen konnten, der für gute Provisionen einen anderen besorgte, der wiederum ... Sie wissen schon. Man muss ja nicht immer erst nach München fahren.

Warum aber, verflücht nochmal, warum nur hat sich Herr Philipp von W. zwei Hände voll Schaum vor den Mund gestrichen, diese MITROPA-Sache auf seine Festplatte gerissen und einen „Kommentar“ verfasst? (Kommentar – so nennt man das bei obigem Blatt, wenn man der untergegangenen und ehemaligen sogenannten „DDR“ – ex, natürlich – eins überzieht. Täglich. Pflichtprogramm. Ohne Ausfallzeiten.) Jedenfalls hat Herr Philipp von W. seine Datenbank bei den bewussten drei Buchstaben aufgeschlagen und die dort von seiner Obrigkeit angewiesenen attributiven Beigaben zu den genannten drei Buchstaben durchgesehen: ABV, Arbeiterschließfächer, Bonzen, Bückware, Devisenbeschaffer, grauer Charme, Eiserner Vorhang, Kommandowirtschaft, Präsent 20, Mangelgesellschaft, Mief, Nischel, Platte, realsozialistische Wartegemeinschaft, SED- (und diverse Kombinationen), Schlamperie, Stasi, Tristesse, Unrecht, zur Ruine verkommen, Zuckerbäckerarchitektur ... Also alles, was sich so im Angebot befindet, denn die MITROPA existierte ja bekanntlich in jenen Jahren als Beihänger der Reichsbahn, und man muss da schon kundig sein. Die Konkurrenz schläft nicht!

Jedenfalls berichtete Herr Philipp von W. – mit distinguiertem Haltung, die seiner sozialen Klasse nun mal ins Blut gesenkt ist – den Lesern von den geflickten MITROPA-Tischdecken, dem lauen Kaffee, den unnachtsichtigen Kellnern ... Das so überaus wirksame „Ham' wa nisch!“ hat er in seiner Datenbank aber übersehen. Unverzeihlicher Fehler,

eigentlich. Kann ihm ans Bein laufen. Dafür kam ihm eine exquisite Idee: Er ließ sich einfallen, irgendwo von irgendwem und irgendwann gehört zu haben, die Bevölkerung der ehemaligen sog. „DDR“ habe ein Faible für das schlichte MITROPA-Geschirr und das dortige biegsame Bes-teck gehabt. Wer sollte das schon nachprüfen können? Und wollen!

Außerdem: Geklaut wird immer. Also, „die halbe DDR-Bevölkerung“ habe sich bei der MITROPA „bedient“. Offensichtlich aber allesamt mit Löffel, denn wozu hätte man Messer und Gabel

benötigen sollen bei jener Not und der notorischen Unkultur des Ostens, wo erst seit wenigen Jahren gelernt wird, dass man „Gabel“ nicht mit „h“ schreibt? Aber immerhin: rund acht Millionen Diebe! Pfui. Und all das muss der Rechtsstaat nun aufarbeiten. Vielleicht kann hier „INES“, die gerade gegründete „Integrierte Ermittlungseinheit Sachsen“, beistehen, zumal dort erst ein knappes Viertelhundert Korruptionsfälle eingegangen sind – Amtshilfe, sozusagen. Außerdem dürfte die Sache ohnehin mit offenem Vollzug abgehen. Die Leute in jenen Ämtern sind doch keine Unmenschen!

Mein Freund aus Essen ruft mich soeben an und fragt mit echter Bewegung und tiefster Besorgnis in der Stimme: Wie sollen wir bloß zusammenwachsen – mit acht Millionen Dieben ...

kannten das Problem natürlich längst, aber die Arnstädter Fakten belegten, dass sich die Zahlen überall gleichen: 3600 fehlende Arbeitsplätze, höchste Sozialrate in Thüringen, 2700 leere Wohnungen. Nun werden gerade sanierte abgerissen und die vielen, die gekommen waren, hoffen zu erfahren, ob sie dafür eine Erklärung bekämen. Sie bekamen keine. Oder doch? Für einen Quadratmeter „rückgebaute“ Wohnfläche zahlt die Obrigkeit 60 Euro Fördermittel. Fördermittel!

Wir zogen über Dresden nach Norden. In der sächsischen Hauptstadt wird viel für die Bildung junger Menschen getan: Marianne Birthler und Kultusminister Mannsfeld schlossen einen Vertrag, der sichern soll, dass die Kinder künftig mehr über die DDR-Staats-sicherheit erfahren sollen.

Ab nach Rügen. Da hätten wir eine Empfehlung weiterzugeben: In Samtens erhielten Interessierte kostenlos Ratschläge für die „Erstellung aussagekräftiger Bewerbungsunterlagen“. Adressen, wohin man die schicken könnte, wurden allerdings nicht mitgeliefert.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Die bayerische Staatsregierung hat das Blindengeld und andere soziale Zuschüsse gekürzt bzw. gestrichen. Die Trachtenvereine bekommen weiter ihre Zuschüsse, z. B. für ihre Kleidung, nachdem sie gedroht haben, das Oktoberfest zu boykottieren. BR 3 20. 3.

Von den weltweit 12 000 Contergan-Kindern wurden 5000 in der BRD und 500 in Großbritannien geboren. In der BRD leben noch 2000. Der Contergan-Wirkstoff Thalidomid ist nie wirklich vom deutschen Arzneimittelmarkt verschwunden. Phoenix 21. 3.

Der Geldanleger ist das einzige Lebewesen, dem man das Fell mehrmals über die Ohren ziehen kann. DLF 22. 3.

Übrigens – man kann Kohl steigern: Kohl, Köhler. BR 3 26. 3.

Terrorismus ist der Krieg der Armen. Krieg ist der Terror der Reichen.

Sir Peter Ustinow in einer Rückblende in 3sat 29. 3.

Der Ansiedlungsbeauftragte des Freistaates Sachsen, Alexander Prinz von Sachsen, hat seit Beginn seiner Tätigkeit ein Honorar von 108 000 Euro erhalten. Der Wettiner ist seit Januar 2003 ... tätig. Die Frage nach den Ansiedlungen ..., die nachweislich auf die Tätigkeit des Prinzen zurückgehen würden, verkennt die Abläufe bei Ansiedlungen. LVZ 30. 3.

• GEFUNDEN VON MANFRED ERBE

### Noch mehr Limericks gefällig?

... fragt unser Leser DR. GERD BREITENFELD und legt los:

Es gibt über 300 Kassen,  
die sich mit Gesundheit befassen.  
Ich aber meine:  
Es genügt doch auch eine!  
Die übrigen sollte man schassen!

Sagt bitte all euren Erben:  
„Wer arm ist, der muss früher  
sterben.“  
Drum bieten die Kassen  
für Gesundheit zwei Klassen.  
– Nur, lasst euch die Wahl  
nicht verderben!!

Man streitet sich im Ausland enorm  
über Sterbehilfe als legale Form.  
Dieser Streit übers Töten  
ist bei uns nicht vonnöten  
– wir ham doch die  
Gesundheitsreform!

Meine ständigen Leser wissen, dass wir zuweilen kühle und nasse Tage in geheizten Gerichtssälen verbringen. In Eisenach rechneten wir mit einem interessanten Verfahren gegen rechte Gewalttäter. Aber man ließ den 26-jährigen Angeklagten laufen. Am 28. August 2001 hatte er mit Kumpels eine Veranstaltung gegen rechte Gewalt „aufmischen“ wollen. Als Erstes riefen sie bei der Polizei an, dass sie eine Bombe zünden würden. Das Dachziegelwerk wurde daraufhin geräumt, die Täter ermittelt. Nun versicherte Andreas N., dass er nichts mehr am Hut habe mit den Rechten, und das reichte für den Freispruch. Die Richter drohte aber, das nächste Mal würde ein Stimmprobenvergleich gestartet, und der könnte teuer werden. Inzwischen hatte es wieder eine Bombendrohung gegen den sommerlichen Festzug gegeben. Aber niemand hatte die Stimmen vergleichen lassen können. Kein Geld!  
Wir kamen nach Arnstadt, wo die Gaststätte „Platte“ total überfüllt war: Nein, es gab kein Freibier, sondern eine Diskussion zum „Rückbau“ der leerstehenden Wohnungen. Wir

### Wanderungen durch Neufünfland



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:  
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,  
Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt.  
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
13. April  
Die nächste Ausgabe erscheint am  
30. April